

# Stadtarchiv Mainz

Bestand : Nachlass Oppenheim

Akte-N° : 00009-4



NL\_Oppenheim\_00009-4

StAMZ, NL Oppenheim / 9.4 - AD



200 170

140

100 120

R G B

Grey Scale #13

C M Y K

A 1 2 3 4 5 6 M 8 9 10 11 12 13 14 15 B 17 18 19

NL Opp. / 9,4  
Oppenheim

229

ELBA  
Universal

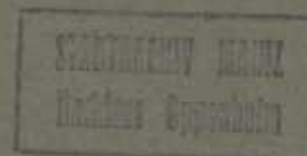
# Stadtarchiv Mainz

Bestand : Nachlass Oppenheim

Akte-N° : 00009-4



NL\_Oppenheim\_00009-4



*Überliefertes Stein*

**Stadtarchiv  
Mainz**

NL Opp. / 9,4

Oppenheim



Michel Oppenheim  
Reg. Rat a.D.

Mainz, den 5. Juni 1950  
Am Stiftswingert 19

Herrn

Rechtsanwalt Dr. R e e n  
1. Vorsitzender der VVN in Mainz

M a i n z

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt !

Unter Bezugnahme auf unser Telefongespräch vor einigen Tagen erlaube ich mir Ihnen Nachstehendes mitzuteilen, damit Sie über den ganzen Vorgang unterrichtet sind.

Am 18. 2. 1950 teilte ich Herrn Oberbürgermeister S t e i n schriftlich mit, dass ich am 19. Mai ds.Js. 65 Jahre alt werde. Gleichzeitig sprach ich die Bitte aus mich weiter zu beschäftigen und meine Pensionierung zurückzustellen . Ich begründete meine Bitte mit dem Hinweis darauf, dass ich in der Nazizeit 12 Jahre lang nicht arbeiten durfte und während dieser Zeit eine gekürzte Pension erhielt. Da ich während der folgenden vier Wochen keine Antwort erhielt, erkundigte ich mich am 18. März mündlich bei dem Herrn Oberbürgermeister nach dem Sachstand meiner Angelegenheit. Oberbürgermeister Stein sagte damals ua. " Ihr Gesuch ist befürwortend nach Koblenz gegeben worden".

Mit Schreiben vom 5. April 1950 erhielt ich dann folgende Mitteilung:

" Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Auf Ihr Schreiben vom 18. 2. 1950 teile ich Ihnen folgendes mit:

Nach § 70 Abs.1 des Beamtengesetzes vom 13. 12. 1949 kann die Landesregierung, wenn dringende dienstliche Rücksichten der Verwaltung im Einzelfall die Fortführung der Dienstgeschäfte durch einen bestimmten Beamten erfordern, den Eintritt in den Ruhestand über das 65. Lebensjahr hinausschieben. Nach den gemachten Erfahrungen ist die Landesregierung jedoch nur bereit, derartige Genehmigungen zu erteilen, wenn sie dies aus dienstlichen Rücksichten für unbedingt notwendig erachtet. Ich verspreche mir daher in Ihrem Falle von einem derartigen Antrag an die Landesregierung keinen Erfolg. Sonach wird Ihre Ruhestandsversetzung gemäss § 69 Abs.1 des Beamtengesetzes formell zum 31. 5. 1950 vorgenommen.



Im Hinblick auf Ihre besonderen Verhältnisse werde ich bei den Städt. Körperschaften beantragen, sich mit Ihrer Weiterbeschäftigung nach erfolgter Ruhestandsversetzung für die Dauer eines Jahres einverstanden zu erklären. Falls die Körperschaften diesem Antrag zustimmen, erhalten Sie während der Zeit der Weiterbeschäftigung den Unterschiedsbetrag zwischen Ihren Dienstbezügen als aktiver Beamter und dem Ruhegehalt hinzugezahlt.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
gez. S t e i n "

Da ich dieses Schreiben erst wenige Stunden vor meiner Abreise nach Paris, die ich nicht verschieben konnte, erhielt, konnte ich erst am 8. Mai antworten. Meine Antwort lautete wie folgt:

" Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Wenige Stunden vor meiner Abreise erhielt ich Ihre Verfügung vom 5. April ds. Js. Es war mir nicht mehr möglich, sie damals zu beantworten. Für die im zweiten Absatz zum Ausdruck gebrachte Absicht, meine Weiterbeschäftigung für ein Jahr bei den städtischen Körperschaften zu beantragen, danke ich verbindlich.

Nicht klar ist mir aber der Inhalt des ersten Absatzes. Bei der Unterredung etwa am 18. März hatte ich verstanden, dass Sie mein Schreiben vom 18. 2. befürwortend der Landesregierung vorgelegt haben. Sie werden mein Erstaunen verstehen, das ich über den Inhalt des ersten Absatzes der genannten Verfügung haben muss. Geht doch aus diesem Absatz hervor, dass die Stadt nicht gewillt ist, eine Verschiebung meiner Pensionierung bei der Landesregierung zu beantragen. Ich bedaure dies.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
bin ich  
Ihr sehr ergebener  
gez. Oppenheim "

Am 5. Mai 1950 erhielt ich von dem Herrn Oberbürgermeister folgende Nachricht:

" Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Ich nehme Bezug auf mein Schreiben vom 5. 4. 1950 in dem ich Ihnen mitteilte, dass für die Hinausschiebung der Altersgrenze eines Beamten die Zustimmung der Landesregierung erforderlich ist und dass ich im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse bei den städt. Körperschaften beantragt habe, sich mit Ihrer Weiterbeschäftigung nach erfolgter Ruhestandsversetzung auf die Dauer von 1 Jahr einverstanden zu erklären. Dessen ungeachtet ist jedoch Ihre Zurrücksetzung von Amtswegen mit Erreichung der Altersgrenze durchzuführen. Da Sie mit Vollendung Ihres 65 Lebensjahres am 19.5.50

die gesetzliche Altersgrenze erreichen, versetze ich Sie hiermit gemäß § 69 des Beamtengesetzes mit Wirkung vom 1. 6. 1950 ab in den Ruhestand. Über die Höhe der Ihnen zu zahlenden Ruhegehaltsbezüge geht Ihnen noch eine besondere Mitteilung zu.

Mit vorzüglicher Hochachtung!  
gez. Stein "

die durch nachstehendes Schreiben vom 11. Mai ergänzt wurde:

" Sehr geehrter Herr Oppenheim!  
In seiner Sitzung vom 8. 5. 1950 befasste sich der Personalausschuss mit meinem Antrag, Sie, Herr Oberrechtsrat, nach Ihrer Ruhestandsversetzung ein Jahr weiterbeschäftigen zu können. Die Verwaltungskonferenz hatte bekanntlich ebenfalls eine solche Regelung befürwortet.

Trotz der vorgetragenen Gründe konnte sich der Personalausschuss aus grundsätzlichen Erwägungen heraus leider nicht mit meinem Vorschlag einverstanden erklären. Zu meinem Bedauern muß daher die Ruhestandsversetzung doch zum 31. Mai 1950 in Kraft treten.

Nur schweren Herzens gebe ich Ihnen von diesem Beschluß Kenntnis, da ich weiß, wie sehr Sie mit der Ihnen lieb gewordenen Tätigkeit verwachsen sind. Ich werde eine besondere Gelegenheit wahrnehmen, in ehrender Weise Ihrer Verdienste zu gedenken.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
gez. Stein  
Oberbürgermeister "

Durch die vorstehend geschilderte Bearbeitung meiner Angelegenheit fühle ich mich benachteiligt und geschädigt.

Ich hatte 1/4 Jahr vor Vollendung des 65 Lebensjahres die Frage angeschnitten in der Erwartung, dass in Koblenz über die Angelegenheit entschieden werde und dass bei dieser Gelegenheit für Rheinland-Pfalz das gleiche Verfahren beschlossen werde, wie es im Lande Hessen bereits eingeführt ist. In Hessen können nämlich die ODF. erst mit Vollendung des 68 Lebensjahres pensioniert werden.

Bei einer Unterredung mit dem Herrn Oberbürgermeister Stein am 25. Mai gab Oberbürgermeister Stein zu, dass er sich mir gegenüber am 18. März ausgesprochen hat, wie vorstehend mitgeteilt ist.



Nach der Unterredung am 18. März musste ich glauben, dass Koblenz von dem Inhalt meines Schreibens vom 18. 2. Kenntnis erhalten hatte. Das war aber leider nicht der Fall. Soweit ich unterrichtet bin, wurde die Landesregierung erst unterrichtet durch ein Telegramm, das nach einer, leider peinlich heftigen Auseinandersetzung mit Oberbürgermeister Stein, von diesem am 25. Mai nach Koblenz gesandt wurde.

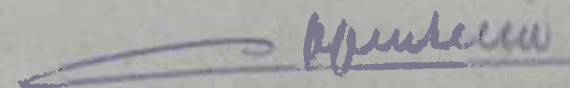
Am 3. Juni 1950 fand eine weitere Unterredung mit dem Herrn Oberbürgermeister statt. Bei dieser Unterredung und teils bei der Unterredung am 25. Mai erfuhr ich, dass die Verwaltungskonferenz einstimmig meine Weiterbeschäftigung für ein Jahr beschlossen hat, dass der Personalausschuss einstimmig meine Weiterbeschäftigung abgelehnt hat, dass der Beigeordnete Herrmann in der nicht öffentlichen Stadtratssitzung in besonders anerkennender Weise meiner schwierigen Tätigkeit während der Nazizeit gedacht und meine Weiterbeschäftigung befürwortet hat, dass in dieser Stadtratssitzung beschlossen worden sei, meine Angelegenheit nochmals aufzugreifen.

Herr Oberbürgermeister Stein las mir ferner ein umfangreiches Schreiben an die Landesregierung vor, in dem um Zustimmung für eine Weiterbeschäftigung von einem Jahr gebeten wird. Es handelt sich für mich nicht darum für einige Monate oder für ein Jahr weiter beschäftigt zu werden. Ich glaube aufgrund der Verhältnisse während der 12 Jahre eine Wiedergutmachung dahingehend verlangen zu dürfen, dass meine Pensionierung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt, also wie in Hessen mit dem vollendeten 68 Lebensjahr.

Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Rechtsanwalt, sehr dankbar, wenn die VVN meinen vorstehend geschilderten Fall zum Anlass nehmen wollte, eine entsprechende gesetzliche Regelung auch in Rheinland-Pfalz zu erwirken, dahingehend, dass die ODF., die während der Nazizeit

oder während eines grösseren Zeitraumes der Nazizeit nicht arbeiten durften, erst mit Vollendung des 68 Lebensjahres pensioniert werden.

Da ich keiner Partei angehöre, lege ich die Angelegenheit in die Hand der VVN, der ich, wie Ihnen wohl bekannt ist, als Mitglied angehöre.





Michel Oppenheim  
Reg.Rat a.D.

*Stiftswingert*

StAMZ, NL Oppenheim / 9,4 - 4

Mainz, den 5. Juni 1950  
Am Stiftswingert 19

Herrn

Rechtsanwalt Dr. R e e n  
1. Vorsitzender der VVN in Mainz

M a i n z

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt !

Unter Bezugnahme auf unser Telefongespräch vor einigen Tagen erlaube ich mir Ihnen Nachstehendes mitzuteilen, damit Sie über den ganzen Vorgang unterrichtet sind.

Am 18. 2. 1950 teilte ich Herrn Oberbürgermeister S t e i n schriftlich mit, dass ich am 19. Mai ds.Js. 65 Jahre alt werde. Gleichzeitig sprach ich die Bitte aus mich weiter zu beschäftigen und meine Pensionierung zurückzustellen. Ich begründete meine Bitte mit dem Hinweis darauf, dass ich in der Nazizeit 12 Jahre lang nicht arbeiten durfte und während dieser Zeit eine gekürzte Pension erhielt. Da ich während der folgenden vier Wochen keine Antwort erhielt, erkundigte ich mich am 18. März mündlich bei dem Herrn Oberbürgermeister nach dem Sachstand meiner Angelegenheit. Oberbürgermeister Stein sagte damals ua. " Ihr Gesuch ist befürwortend nach Koblenz gegeben worden".

Mit Schreiben vom 5. April 1950 erhielt ich dann folgende Mitteilung:

" Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Auf Ihr Schreiben vom 18. 2. 1950 teile ich Ihnen folgendes mit:

Nach § 70 Abs.1 des Beamtengesetzes vom 13. 12. 1949 kann die Landesregierung, wenn dringende dienstliche Rücksichten der Verwaltung in Einzelfall die Fortführung der Dienstgeschäfte durch einen bestimmten Beamten erfordern, den Eintritt in den Ruhestand über das 65. Lebensjahr hinauschieben. Nach den gemachten Erfahrungen ist die Landesregierung jedoch nur bereit, derartige Genehmigungen zu erteilen, wenn sie dies aus dienstlichen Rücksichten für unbedingt notwendig erachtet. Ich verspreche mir daher in Ihrem Falle von einem derartigen Antrag an die Landesregierung keinen Erfolg. Sonach wird Ihre Ruhestandsversetzung gemäß § 69 Abs.1 des Beamtengesetzes formell zum 31. 5. 1950 vorgenommen.



Im Hinblick auf Ihre besonderen Verhältnisse werde ich bei den Städt. Körperschaften beantragen, sich mit Ihrer Weiterbeschäftigung nach erfolgter Ruhestandsversetzung für die Dauer eines Jahres einverstanden zu erklären. Falls die Körperschaften diesen Antrag zustimmen, erhalten Sie während der Zeit der Weiterbeschäftigung den Unterschiedsbetrag zwischen Ihren Dienstbezügen als aktiver Beamter und dem Ruhegehalt hinzugezahlt.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
gez. Stein "

Da ich dieses Schreiben erst wenige Stunden vor meiner Abreise nach Paris, die ich nicht verschieben konnte, erhielt, konnte ich erst am 8. Mai antworten. Meine Antwort lautete wie folgt:

" Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Wenige Stunden vor meiner Abreise erhielt ich Ihre Verfügung vom 5. April ds. Js. Es war mir nicht mehr möglich, sie damals zu beantworten. Für die im zweiten Absatz zum Ausdruck gebrachte Absicht, meine Weiterbeschäftigung für ein Jahr bei den städtischen Körperschaften zu beantragen, danke ich verbindlich. Nicht klar ist mir aber der Inhalt des ersten Absatzes. Bei der Unterredung etwa am 18. März hatte ich verstanden, dass Sie mein Schreiben vom 18. 2. befürwortend der Landesregierung vorgelegt haben. Sie werden mein Erstaunen verstehen, das ich über den Inhalt des ersten Absatzes der genannten Verfügung haben muss. Geht doch aus diesem Absatz hervor, dass die Stadt nicht gewillt ist, eine Verschiebung meiner Pensionierung bei der Landesregierung zu beantragen. Ich bedaure dies.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
bin ich  
Ihr sehr ergebener  
gez. Oppenheim "

Am 5. Mai 1950 erhielt ich von dem Herrn Oberbürgermeister folgende Nachricht:

" Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Ich nehme Bezug auf mein Schreiben vom 5. 4. 1950 in dem ich Ihnen mitteilte, dass für die Hinausschiebung der Altersgrenze eines Beamten die Zustimmung der Landesregierung erforderlich ist und dass ich im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse bei den städt. Körperschaften beantragt habe, sich mit Ihrer Weiterbeschäftigung nach erfolgter Ruhestandsversetzung auf die Dauer von 1 Jahr einverstanden zu erklären. Dessen ungeachtet ist jedoch Ihre Zuruhe-  
setzung von Amtswegen mit Erreichung der Altersgrenze durchzuführen. Da Sie mit Vollendung Ihres 65 Lebensjahres am 19.5.50

die gesetzliche Altersgrenze erreichen, versetze ich Sie hiermit gemäss § 69 des Beamtengesetzes mit Wirkung vom 1. 6. 1950 ab in den Ruhestand. Über die Höhe der Ihnen zu zahlenden Ruhegehaltsbezüge geht Ihnen noch eine besondere Mitteilung zu.

Mit vorzüglicher Hochachtung!  
gez. Stein "

die durch nachstehendes Schreiben vom 11. Mai ergänzt wurde:

" Sehr geehrter Herr Oppenheim!  
In seiner Sitzung vom 8. 5. 1950 befasste sich der Personalausschuss mit meinem Antrag, Sie, Herr Oberrechtsrat, nach Ihrer Ruhestandsversetzung ein Jahr weiterbeschäftigen zu können. Die Verwaltungskonferenz hatte bekanntlich ebenfalls eine solche Regelung befürwortet.

Trotz der vorgetragenen Gründe konnte sich der Personalausschuss aus grundsätzlichen Erwägungen heraus leider nicht mit meinem Vorschlag einverstanden erklären. Zu meinem Bedauern muß daher die Ruhestandsversetzung doch zum 31. Mai 1950 in Kraft treten.

Nur schweren Herzens gebe ich Ihnen von diesem Beschluß Kenntnis, da ich weiß, wie sehr Sie mit der Ihnen lieb gewordenen Tätigkeit verwachsen sind. Ich werde eine besondere Gelegenheit wahrnehmen, in ehrender Weise Ihrer Verdienste zu gedenken.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
gez. Stein

Oberbürgermeister "

Durch die vorstehend geschilderte Bearbeitung meiner Angelegenheit fühle ich mich benachteiligt und geschädigt.

Ich hatte 1/4 Jahr vor Vollendung des 65 Lebensjahres die Frage angeschnitten in der Erwartung, dass in Koblenz über die Angelegenheit entschieden werde und dass bei dieser Gelegenheit für Rheinland-Pfalz das gleiche Verfahren beschlossen werde, wie es im Lande Hessen bereits eingeführt ist. In Hessen können nämlich die ODF. erst mit Vollendung des 68 Lebensjahres pensioniert werden.

Bei einer Unterredung mit dem Herrn Oberbürgermeister Stein am 25. Mai gab Oberbürgermeister Stein zu, dass er sich mir gegenüber am 18. März ausgesprochen hat, wie vorstehend mitgeteilt ist.



Nach der Unterredung am 18. März musste ich glauben, dass Koblenz von dem Inhalt meines Schreibens vom 18. 2. Kenntnis erhalten hatte. Das war aber leider nicht der Fall. Soweit ich unterrichtet bin, wurde die Landesregierung erst unterrichtet durch ein Telegramm, das nach einer, leider peinlich heftigen Auseinandersetzung mit Oberbürgermeister Stein, von diesem am 25. Mai nach Koblenz gesandt wurde.

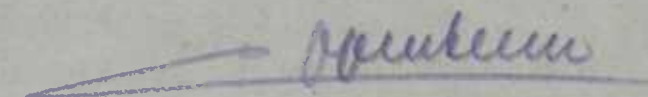
Am 3. Juni 1950 fand eine weitere Unterredung mit dem Herrn Oberbürgermeister statt. Bei dieser Unterredung und teils bei der Unterredung am 25. Mai erfuhr ich, dass die Verwaltungskonferenz einstimmig meine Weiterbeschäftigung für ein Jahr beschlossen hat, dass der Personalausschuss einstimmig meine Weiterbeschäftigung abgelehnt hat, dass der Beigeordnete Herrmann in der nicht öffentlichen Stadtratssitzung in besonders anerkennender Weise meiner schwierigen Tätigkeit während der Nazizeit gedacht und meine Weiterbeschäftigung befürwortet hat, dass in dieser Stadtratssitzung beschlossen worden sei, meine Angelegenheit nochmals aufzugreifen.

Herr Oberbürgermeister Stein las mir ferner ein umfangreiches Schreiben an die Landesregierung vor, in dem um Zustimmung für eine Weiterbeschäftigung von einem Jahr gebeten wird. Es handelt sich für mich nicht darum für einige Monate oder für ein Jahr weiter beschäftigt zu werden. Ich glaube aufgrund der Verhältnisse während der 12 Jahre eine Wiedergutmachung dahingehend verlangen zu dürfen, dass meine Pensionierung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt, also wie in Hessen mit dem vollendeten 68 Lebensjahr.

Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Rechtsanwalt, sehr dankbar, wenn die VVN meinen vorstehend geschilderten Fall zum Anlass nehmen wollte, eine entsprechende gesetzliche Regelung auch in Rheinland-Pfalz zu erwirken, dahingehend, dass die ODF., die während der Nazizeit

oder während eines grösseren Zeitraumes der Nazizeit nicht arbeiten durften, erst mit Vollendung des 68 Lebensjahres pensioniert werden.

Da ich keiner Partei angehöre, lege ich die Angelegenheit in die Hand der VVN, der ich, wie Ihnen wohl bekannt ist, als Mitglied angehöre.





Michel Oppenheim  
Reg.Rat a.D.

*Stämpfling*

StAMZ, NL Oppenheim / 9,4 - 7

Mainz, den 5. Juni 1950  
Am Stiftswingert 19

Herrn

Rechtsanwalt Dr. Reen  
1.Vorsitzender der VVN in Mainz

M a i n z

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt !

Unter Bezugnahme auf unser Telefongespräch vor einigen Tagen erlaube ich mir Ihnen Nachstehendes mitzuteilen, damit Sie über den ganzen Vorgang unterrichtet sind.

Am 18. 2. 1950 teilte ich Herrn Oberbürgermeister S t e i n schriftlich mit, dass ich am 19. Mai ds.Js. 65 Jahre alt werde. Gleichzeitig sprach ich die Bitte aus mich weiter zu beschäftigen und meine Pensionierung zurückzustellen . Ich begründete meine Bitte mit dem Hinweis darauf, dass ich in der Nazizeit 12 Jahre lang nicht arbeiten durfte und während dieser Zeit eine gekürzte Pension erhielt. Da ich während der folgenden vier Wochen keine Antwort erhielt, erkundigte ich mich am 18. März mündlich bei dem Herrn Oberbürgermeister nach dem Sachstand meiner Angelegenheit. Oberbürgermeister Stein sagte damals ua. " Ihr Gesuch ist befürwortend nach Koblenz gegeben worden".

Mit Schreiben vom 5. April 1950 erhielt ich dann folgende Mitteilung:

" Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Auf Ihr Schreiben vom 18. 2. 1950 teile ich Ihnen folgendes mit:

Nach § 70 Abs.1 des Beamtengesetzes vom 13. 12. 1949 kann die Landesregierung, wenn dringende dienstliche Rücksichten der Verwaltung im Einzelfall die Fortführung der Dienstgeschäfte durch einen bestimmten Beamten erfordern, den Eintritt in den Ruhestand über das 65.Lebensjahr hinausschieben. Nach den gemachten Erfahrungen ist die Landesregierung jedoch nur bereit, derartige Genehmigungen zu erteilen, wenn sie dies aus dienstlichen Rücksichten für unbedingt notwendig erachtet. Ich verspreche mir daher in Ihrem Falle von einem derartigen Antrag an die Landesregierung keinen Erfolg. Sonach wird Ihre Ruhestandsversetzung gemäss § 69 Abs.1 des Beamtengesetzes formell zum 31. 5. 1950 vorgenommen.



Im Hinblick auf Ihre besonderen Verhältnisse werde ich bei den Städt.Körperschaften beantragen, sich mit Ihrer Weiterbeschäftigung nach erfolgter Ruhestandsversetzung für die Dauer eines Jahres einverstanden zu erklären. Falls die Körperschaften diesem Antrag zustimmen, erhalten Sie während der Zeit der Weiterbeschäftigung den Unterschiedsbetrag zwischen Ihren Dienstbezügen als aktiver Beamter und dem Ruhegehalt hinzugezahlt.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
gez. S t e i n "

Da ich dieses Schreiben erst wenige Stunden vor meiner Abreise nach Paris, die ich nicht verschieben konnte, erhielt, konnte ich erst am 8. Mai antworten. Meine Antwort lautete wie folgt:

" Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Wenige Stunden vor meiner Abreise erhielt ich Ihre Verfügung vom 5. April ds.Js. Es war mir nicht mehr möglich, sie damals zu beantworten. Für die im zweiten Absatz zum Ausdruck gebrachte Absicht, meine Weiterbeschäftigung für ein Jahr bei den städtischen Körperschaften zu beantragen, danke ich verbindlich.

Nicht klar ist mir aber der Inhalt des ersten Absatzes. Bei der Unterredung etwa am 18. März hatte ich verstanden, dass Sie mein Schreiben vom 18. 2. befürwortend der Landesregierung vorgelegt haben. Sie werden mein Erstaunen verstehen, das ich über den Inhalt des ersten Absatzes der genannten Verfügung haben muss. Geht doch aus diesem Absatz hervor, dass die Stadt nicht gewillt ist, eine Verschiebung meiner Pensionierung bei der Landesregierung zu beantragen. Ich bedaure dies.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
bin ich  
Ihr sehr ergebener  
gez.Oppenheim "

Am 5. Mai 1950 erhielt ich von dem Herrn Oberbürgermeister folgende Nachricht:

" Sehr geehrter Herr Oppenheim !

Ich nehme Bezug auf mein Schreiben vom 5. 4. 1950 in dem ich Ihnen mitteilte, dass für die Hinausschiebung der Altersgrenze eines Beamten die Zustimmung der Landesregierung erforderlich ist und dass ich im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse bei den städt. Körperschaften beantragt habe, sich mit Ihrer Weiterbeschäftigung nach erfolgter Ruhestandsversetzung auf die Dauer von 1 Jahr einverstanden zu erklären. Dessen ungeachtet ist jedoch Ihre Zurrueetzung von Amtswegen mit Erreichung der Altersgrenze durchzuführen. Da Sie mit Vollendung Ihres 65 Lebensjahres am 19.5.50

die gesetzliche Altersgrenze erreichen, versetze ich Sie hiermit gemäss § 69 des Beamtengesetzes mit Wirkung vom 1. 6. 1950 ab in den Ruhestand. Über die Höhe der Ihnen zu zahlenden Ruhegehaltsbezüge geht Ihnen noch eine besondere Mitteilung zu.

Mit vorzüglicher Hochachtung!  
gez. Stein "

die durch nachstehendes Schreiben vom 11. Mai ergänzt wurde:

" Sehr geehrter Herr Oppenheim !  
In seiner Sitzung vom 8. 5. 1950 befasste sich der Personalausschuss mit meinem Antrag, Sie, Herr Oberrechtsrat, nach Ihrer Ruhestandsversetzung ein Jahr weiterbeschäftigen zu können. Die Verwaltungskonferenz hatte bekanntlich ebenfalls eine solche Regelung befürwortet.

Trotz der vorgetragenen Gründe konnte sich der Personalausschuss aus grundsätzlichen Erwägungen heraus leider nicht mit meinem Vorschlag einverstanden erklären. Zu meinem Bedauern muß daher die Ruhestandsversetzung doch zum 31. Mai 1950 in Kraft treten.

Nur schweren Herzens gebe ich Ihnen von diesem Beschluß Kenntnis, da ich weiß, wie sehr Sie mit der Ihnen lieb gewordenen Tätigkeit verwachsen sind. Ich werde eine besondere Gelegenheit wahrnehmen, in ehrender Weise Ihrer Verdienste zu gedenken.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
gez. Stein

Oberbürgermeister "

Durch die vorstehend geschilderte Bearbeitung meiner Angelegenheit fühle ich mich benachteiligt und geschädigt.

Ich hatte 1/4 Jahr vor Vollendung des 65 Lebensjahres die Frage angeschnitten in der Erwartung, dass in Koblenz über die Angelegenheit entschieden werde und dass bei dieser Gelegenheit für Rheinland-Pfalz das gleiche Verfahren beschlossen werde, wie es im Lande Hessen bereits eingeführt ist. In Hessen können nämlich die ODF. erst mit Vollendung des 68 Lebensjahres pensioniert werden.

Bei einer Unterredung mit dem Herrn Oberbürgermeister Stein am 25. Mai gab Oberbürgermeister Stein zu, dass er sich mir gegenüber am 18. März ausgesprochen hat, wie vorstehend mitgeteilt ist.



Nach der Unterredung am 18. März musste ich glauben, dass Koblenz von dem Inhalt meines Schreibens vom 18. 2. Kenntnis erhalten hatte. Das war aber leider nicht der Fall. Soweit ich unterrichtet bin, wurde die Landesregierung erst unterrichtet durch ein Telegramm, das nach einer, leider peinlich heftigen Auseinandersetzung mit Oberbürgermeister Stein, von diesem am 25. Mai nach Koblenz gesandt wurde.

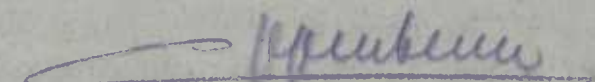
Am 3. Juni 1950 fand eine weitere Unterredung mit dem Herrn Oberbürgermeister statt. Bei dieser Unterredung und teils bei der Unterredung am 25. Mai erfuhr ich, dass die Verwaltungskonferenz einstimmig meine Weiterbeschäftigung für ein Jahr beschlossen hat, dass der Personalausschuss einstimmig meine Weiterbeschäftigung abgelehnt hat, dass der Beigeordnete Herrmann in der nicht öffentlichen Stadtratssitzung in besonders anerkennender Weise meiner schwierigen Tätigkeit während der Nazizeit gedacht und meine Weiterbeschäftigung befürwortet hat, dass in dieser Stadtratssitzung beschlossen worden sei, meine Angelegenheit nochmals aufzugreifen.

Herr Oberbürgermeister Stein las mir ferner ein umfangreiches Schreiben an die Landesregierung vor, in dem um Zustimmung für eine Weiterbeschäftigung von einem Jahr gebeten wird. Es handelt sich für mich nicht darum für einige Monate oder für ein Jahr weiter beschäftigt zu werden. Ich glaube aufgrund der Verhältnisse während der 12 Jahre eine Wiedergutmachung dahingehend verlangen zu dürfen, dass meine Pensionierung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt, also wie in Hessen mit dem vollendeten 68 Lebensjahr.

Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Rechtsanwalt, sehr dankbar, wenn die VVN meinen vorstehend geschilderten Fall zum Anlass nehmen wollte, eine entsprechende gesetzliche Regelung auch in Rheinland -Pfalz zu erwirken, dahingehend, dass die ODF., die während der Nazizeit

oder während eines grösseren Zeitraumes der Nazizeit nicht arbeiten durften, erst mit Vollendung des 68. Lebensjahres pensioniert werden.

Da ich keiner Partei angehöre, lege ich die Angelegenheit in die Hand der VVN, der ich, wie Ihnen wohl bekannt ist, als Mitglied angehöre.





Mainz, den 5. Juni 1950

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt !

*und bitte ich Sie, meine Bitte an Herrn Stein zu übermitteln*

# Am 18. 2. 1950 teilte ich Herrn Oberbürgermeister S t e i n schriftlich mit, dass ich am 19. Mai ds.Js. 65 Jahre alt werde. Gleichzeitig sprach ich die Bitte aus mich weiter zu beschäftigen und meine Pensionierung zurückzustellen. Ich begründete meine Bitte mit dem Hinweis darauf, dass ich in der Nazizeit 12 Jahre lang nicht arbeiten durfte und während dieser Zeit eine gekürzte Pension erhielt. Da ich während der folgenden vier Wochen keine Antwort erhielt, erkundigte ich mich am 18. März mündlich bei dem Herrn Oberbürgermeister nach dem Sachstand meiner Angelegenheit. Oberbürgermeister Stein sagte damals u.a. " Ihr Gesuch ist befürwortend nach Koblenz gegeben worden ".

# Mit Schreiben vom 5. April 1950 erhielt ich folgende Mitteilung: " Sehr geehrter..... " Da ich dieses Schreiben erst wenige Stunden vor meiner Abreise nach Paris, die ich nicht verschieben konnte, erhielt, konnte ich erst am 8. Mai antworten. Meine Antwort lautet wie folgt."....." # Am 5. Mai 1950 erhielt ich von dem Herrn Oberbürgermeister folgende Nachricht:....., die durch nachstehendes Schreiben vom 11. Mai ergänzt wurde.....

# Durch die vorstehend geschilderte Bearbeitung meiner Angelegenheit fühle ich mich ~~schwer~~ benachteiligt *und verärgert*.

# Ich hatte 1/4 Jahr vor Vollendung des 65 Lebensjahres die Frage angeschnitten in der Erwartung, dass in Koblenz über die Angelegenheit entschieden werde und dass bei dieser Gelegenheit für Rheinland-Pfalz das gleiche Verfahren beschlossen werde, wie es im Lande Hessen bereits eingeführt ist. In Hessen können nämlich die ODF. erst mit Vollendung des 68 Lebensjahres pensioniert werden.

# Bei einer Unterredung mit dem Herrn Oberbürgermeister Stein am 25. Mai gab Oberbürgermeister Stein zu, dass er sich mir gegenüber am 18. März ausgesprochen hat, wie vorstehend mitgeteilt ist.



Michel Oppenheim

Mainz, den 15. Oktober 52  
Am Stiftswingert 19

Herrn

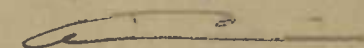
Oberbürgermeister  
Franz S t e i n ,M a i n z ,  
Pulverturm

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Am 22. September erhielt ich von Ihnen einen Wiedergutmachungsentscheid mit der Mitteilung, daß die Stadtkasse angewiesen sei, den errechneten Wiedergutmachungsbetrag mir alsbald zu überweisen. Heute ist der 15. Oktober, ohne daß die Stadtkasse es für notwendig gefunden hat, der Anweisung Folge zu leisten. Sie werden verstehen, daß ich in dieser Angelegenheit die Stadt nicht bitten kann. Vielleicht haben Sie die Liebenswürdigkeit, einmal nach dem Rechten zu sehen.

Sollte die Stadtkasse bis zum 22. Oktober 52 die Angelegenheit nicht erledigt haben, sehe ich mich gezwungen, einen Rechtsanwalt mit der Angelegenheit zu beauftragen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
bin ich Ihr sehr ergebener





DIE VEREINIGUNG  
FREUNDE DER UNIVERSITÄT  
MAINZ

dient ausschließlich der Förderung  
wissenschaftlicher Zwecke.

Sie will die verschiedenen Institute  
der Universität durch Zuweisung von  
Mitteln unterstützen, die zur Ergän-  
zung der Seminar-Bibliotheken oder  
zur Anschaffung von Apparaten not-  
wendig sind.

Wir bitten alle, die der Universität  
und ihren Bestrebungen nahe stehen  
und sie unterstützen wollen, Mitglied  
der Vereinigung zu werden.



Druckhaus Schmidt & Co., Mainz

Michel Oppenheim  
Reg.Rat a.D.

Mainz, den 22. März 1951

Herrn

Oberbürgermeister Stein

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Es war für mich bisher stets eine Selbstverständlichkeit  
in Abwesenheit des Stadtoberinspektors Hebach, die meine  
Tätigkeit betreffenden Akten unmittelbar zu bearbeiten. Hier-  
von waren ausgenommen die Verhandlungen bei der Finanz-  
verwaltung und ähnliche Dinge, mit denen ich mich nie  
geschäftigt hatte.

Diese Dinge wurden bei dem letzten Urlaub von Herrn Hebach-  
von Herrn Blessing bearbeitet.

Mit Ihrer Verfügung vom 19. März 1951 werde ich nun gewisser-  
massen dienstlich mit der Vertretung des Herrn Hebach be-  
auftragt.

Ich bedaure sehr, Ihnen mitteilen zu müssen, dass ich eine  
Vertretung des Herrn Hebach in dieser Form nicht übernehmen  
werde.

Ich nehme an, dass hier ein Irrtum vorliegt und bitte um  
eine entsprechende Abänderung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

bin ich

Ihr sehr ergebener



Michel Oppenheim  
Reg.Rat a.D.

Mainz, den 22. März 1951

Herrn

Oberbürgermeister Stein

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Es war für mich bisher stets eine Selbstverständlichkeit in Abwesenheit des Stadtoberinspektors Hebach, die meine Tätigkeit betreffenden Akten unmittelbar zu bearbeiten. Hier- von waren ausgenommen die Verhandlungen bei der Finanz- verwaltung und ähnliche Dinge, mit denen ich mich nie beschäftigt hatte.

Diese Dinge wurden bei dem letzten Urlaub von Herrn Hebach von Herrn Blessing bearbeitet.

Mit Ihrer Verfügung vom 19. März 1951 werde ich nun gewisser- massen dienstlich mit der Vertretung des Herrn Hebach be- auftragt.

Ich bedaure sehr, Ihnen mitteilen zu müssen, dass ich eine Vertretung des Herrn Hebach in dieser Form nicht übernehmen werde.

Ich nehme an, dass hier ein Irrtum vorliegt und bitte um eine entsprechende Abänderung.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
bin ich  
Ihr sehr ergebener



Betr.: Johannes Gutenberg-Stiftung

für Herrn Regierungsrat O p p e n h e i m

Darüber hinaus ist beabsichtigt, für das kommende Jahr mir das Aufgabengebiet zu überlassen.

Oberbürgermeister



Betr.: Ausstellungen in MainzA k t e n v e r m e r k

Erst heute erfahre ich zufällig durch Herrn Teo Gebürsch, dass bei der Besprechung zwischen Oberbürgermeister und den Herren Dr. Arens , Dr.Esser, Teo Gebürsch und Ludo Becker von Herrn Oberbürgermeister angeordnet worden sei, dass der Vereinigung Mainzer bildender Künstler das Haus am Dom für drei Ausstellungen im Jahr zur Verfügung gestellt werde und dass zur Durchführung dieser Ausstellungen vom Etat der Gemäldegalerie 700,--DM verwendet werden dürfen. Ich war zu der Besprechung nicht eingeladen. Da ich am Tage der Besprechung krank war, konnte ich der telefonischen Aufforderung kurz vor Beginn der Besprechung nicht Folge leisten.

Bisher wurden sämtliche Ausstellungen im Haus am Dom von der Gemäldegalerie veranstaltet. Das hatte den grossen Vorteil, dass eine einseitige Bevorzugung bestimmter Kunstrichtungen nicht zu befürchten war. Da der Ausstellungsraum im Haus am Dom für Ausstellungen die einzige Möglichkeit bietet, musste auch aus diesem Grunde die Veranstaltung von Ausstellungen in einer Hand bleiben.

Wenn von Seiten der Gemäldegalerie eingewendet wird in anderen Städten würden die Ausstellungen auch nicht von der Galerie veranstaltet werden, so mag dies für einige Städte richtig sein. Für Mainz war die bisherige Übung nur von Vorteil. Auch von auswärtigen Kennern und von auswärtigen Künstlern wurden die Mainzer Ausstellungen in ihrem Wechsel und in ihrer Durchführung so lange sie unter Leitung von Herrn Dr. Busch standen, stets als gutes Beispiel anerkannt.



Herrn Bürgermeister Dr. Schwahn

vorzulegen. Vor meinem Ausscheiden aus dem Amt wollte ich in vorstehender Aktennotiz niederlegen, was über Ausstellungen in Mainz von mir gesagt werden musste. Ich bitte Herrn Oberbürgermeister von der Aktennotiz Kenntnis zu geben.

Mainz, den 9. Mai 1951

gez. Oppenheim

Regierungsrat a.D.

Herrn Bürgermeister Dr. S c h w a h n

weitergereicht mit folgendem Anfügen.

1. Im Vergleich zu allen Museen gleicher Grösse sind die Mainzer Anstalten viel schlechter gestellt und zwar sowohl in finanzieller wie in personeller Beziehung.
2. Nur durch die Beziehungen von Dr. Arens zur Universität konnte er auch die Beziehungen zu den Stellen anknüpfen, von denen er für die Denkmalspflege und für die Museen bis jetzt etwa 150 000,--DM erhielt.
3. Die Rettung der meisten Denkmale in Mainz konnte nur durch die Bereitstellung der unter Ziffer 2 angegebenen Geldmittel erfolgen, da die Stadt in fast allen Fällen aus finanziellen Gründen die Bereitstellung von Mitteln verweigerte.

Mainz, den 1. Juni 1951

Regierungsrat a.D.



Betr.: Ausbau der Golden-Ross-Kaserne

Herrn

Regierungsrat Oppenheim

M a i n z

Dem Baudezernat

zurückgereicht.

Leider ist in der Verwaltungskonferenz vom 8. 5. 51 die Angelegenheit völlig verkehrt dargestellt worden, indem ein älterer Voranschlag des Hochbauamtes vom 15. 1. zugrunde gelegt wurde, der längst überholt ist. Inzwischen habe ich einen Betrag erhalten, der ausreicht, um 6 Büroräume vollständig in gebrauchsfertigen Zustand zu versetzen. An Herrn Bürgermeister Dr. Schwahn habe ich unter dem 23. 4. zwei Voranschläge eingereicht, in denen die restlichen Arbeiten aufgeführt sind, die zur Fertigstellung des ganzen ersten Obergeschosses der Golden-Ross-Kaserne notwendig sind. Es handelt sich einmal um einen Betrag von 10 000.-- DM für die restlichen Büroräume und zweitens um einen Betrag für die Hausmeisterwohnung von 3 800.-- DM. Letzterer Betrag von 3 800.-- DM sollte beim Sozialen Wohnungsbau von der Stadtverwaltung beantragt werden, da es sich um eine Wohnung handelt, die einem bisher in schlechten Wohnverhältnissen hausenden Mann zugewiesen werden kann. Ohne den Ausbau der Hausmeisterwohnung ist es nicht möglich, die Gemälde und Kleinaltertümer aus ihrem Depot im Kurfürstlichen Schloss herauszunehmen und in die Golden-Ross-Kaserne zu überbringen, da sonst keine nächtliche Bewachung der Gegenstände garantiert wäre.

Ich füge ausdrücklich noch folgendes hinzu:

Es wird mir nicht möglich sein noch einen zweiten Betrag von dem Stifter für den Ausbau der Büroräume und Hausmeisterwohnung zu erhalten. Ich bitte darum, daß die Stadtverwaltung das restliche Geld in Höhe von 10 000.-- DM für die restlose Fertigstellung der Büros und von 3 800.-- DM für die Hausmeisterwohnung genehmigt, wodurch sie auch den grossen Vorteil haben wird, daß nach Fertigstellung aller genannten Räume der Golden-Ross-Kaserne das Kurfürstliche Schloss von uns geräumt werden kann. Ich habe niemals erklärt, daß ich die gesamten restlichen Mittel für den Ausbau des Stallgebäudes habe, sondern nur einen Betrag, der für die Wiederherstellung von 6 Räumen ausreicht. Bei sofortiger Bewilligung dieser 13 800.-- DM könnten die bereits in der Golden-Ross-Kaserne arbeitenden Handwerker ihre Tätigkeit bis zur völligen Vollendung der Räume fortsetzen, wodurch wohl auch eine Kostenersparnis erzielt würde, da die Arbeiten nicht zweimal begonnen werden müssen.

Mainz, den 17. Mai 1951

*Adus.*







Michel Oppenheim  
Reg.Rat a.D.

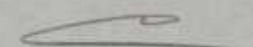
Mainz, den 17. Mai 1951  
Am Stiftswingert 19

Herrn  
Oberbürgermeister S t e i n  
M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !  
Von verschiedenen Seiten bin ich gebeten  
worden, meine Kenntnisse über die  
Vorgeschichte der Universitätsneugründung  
niederzuschreiben. Da ich am 1. Juni hier  
ausscheide, bitte ich um die Erlaubnis,  
auch nach diesem Termin die Akten, die  
die Universität betreffen einsehen und be-  
nutzen zu dürfen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
bin ich

Ihr sehr ergebener





Michel O p p e n h e i m

Mainz, den 30. Mai 1951

Reg.Rat a.D.

Herrn

Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Als ich Ihnen gestern gesprächsweise von dem neuen Mainzer Kalender eine Mitteilung machte, war ich erstaunt, in Ihrer Antwort gerade das Gegenteil zu hören, wie ich erwartet hatte. Nach allem was ich in den letzten zwei Jahren über den Mainzer Kalender hier im Hause gehört habe, musste ich des Glaubens sein, dass die Herausgabe des Mainzer Kalenders nur als eine Belastung empfunden wurde.

Aus folgenden Gründen musste ich auch annehmen, dass eine weitere Herausgabe des Mainzer Kalenders und sein Druck durch die Mainzer Presse nicht beabsichtigt sei

1. Bei der gemeinsamen Besprechung mit Herrn Prof. Kleukens hat Herr Kleukens verlangt, dass die Mainzer Presse in Zukunft nur für die Herausgabe der Mainzer Drucke zur Verfügung stehe. Eine Ausnahme sollte nur für das kleine Buch von Mainz und für gelegentliche Drucksachen wie Einladungen usw. gemacht werden. Bei zwei Besprechungen an denen Prof. Kleukens teilnahm, ist dies ganz klar gesagt worden, wenn damals die Absicht bestanden hätte, nochmals einen Mainzer Kalender durch die Mainzer Presse drucken zu lassen, wäre bestimmt eine Einschränkung gemacht worden.

.//.



2. Um ganz sicher zu sein, habe ich Ende Dezember schriftlich bei Herrn Beigeordneten Herrmann angefragt, ob ein neuer Mainzer Kalender gewünscht werde. Falls dieser Wunsch bestehe, bat ich um Mitteilung noch im Januar, da die notwendigen Vorbereitungen immer im Anfang des Jahres durchgeführt werden müssen. Eine Antwort habe ich nicht erhalten.

Man hat mir so oft gesagt, dass der Mainzer Kalender ein Verlustgeschäft für die Stadt Mainz sei, dass ich Ihre gestrigen Worte wirklich nicht verstehen kann.

Da ich selbstverständlich lieber mit Ihrem Einverständnis die weitere Herausgabe, aber ohne Mitwirkung der Stadt betreibe, bitte ich Sie, Ihre Ansicht nochmals revidieren zu wollen.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass ich allergrössten Wert darauf lege, in Ihrem Einverständnis zu handeln.

Mit vorzüglicher Hochachtung

bin ich

Ihr sehr ergebener

Regierungsrat a.D.

An

Seine Magnificenz  
den Rektor der Johannes  
Gutenberg - Universität  
Herrn Prof. Dr. I s e l e

M a i n z

4. Juni 1951

Sehr verehrte Magnificenz !

Regierungsrat a.D. O p p e n h e i m hat sich bereit erklärt, die Angelegenheit der Johannes Gutenberg-Stiftung weiter zu bearbeiten. Er wird mich also, wie bisher, in der Stipendienkommission vertreten.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
bin ich  
Ihr

gez. Oppenheim

Bberbürgermeister



II. Abschriftlich

Herrn Reg.Rat a.D.Oppenheim  
zur gefl.Kennntnisnahme.

III. Z.d.A.

Mainz, den 4. Juni 1951

Oberbürgermeister

Michel Oppenheim  
Reg.Rat a.D.

Mainz, den 15. März 1951

An das

Landesamt für Wiedergutmachung

M a i n z  
Telehaus

./.

Im Nachgang zu meiner Vorlage vom 28.  
Februar übersende ich die Rechnung Zawar  
vom 18. Dezember 1950 in Höhe von  
380,--DM. Versehentlich war die Rechnung  
neulich nicht beigelegt worden.

In Anbetracht meiner finanziellen Verhält-  
nisse erlaube ich mir nochmals um Ihre  
Hilfe zu bitten.

Hochachtungsvoll!





Vereinigung Mainz, den 20. 4. 1951  
" Freunde der Universität Mainz "

- Der Schriftführer -

Herrn

Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Dem beifolgenden Ausschreiben an die Mitglieder der Vereinigung " Freunde der Universität Mainz " und alle Freunde der Johannes Gutenberg-Universität haben die beiden Herren Prof. Dr. Isele und Oberbürgermeister Dr. Kraus bereits Ihre Zustimmung gegeben. Ich bitte auch um Ihre Zustimmung, damit es gedruckt werden kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

gez. Oppenheim

Reg. Rat a.D.



Michel Oppenheim

Mainz, den 17. April 1951

Reg.Rat a.D.

Herrn

Oberbürgermeister  
- Personalamt -

M a i n z

Auf dem Weg zu Dienst fiel ich heute an der Ecke Stiftswingert - Hechtsheimer Strasse durch Stolpern der Länge nach so unglücklich hin, dass ich seit dieser Zeit heftige Schmerzen im Kopf habe.

Da ich darauf aufmerksam gemacht werde, hierüber Ihnen Mitteilung zu machen, melde ich diesen Vorfall hiermit an. Zeugen kann ich nicht angeben, da kein Mensch zu dieser Morgenstunde die Strasse passierte, Einen Arzt werde ich noch aufsuchen.



Betr.: AltertumsvereinU. Herrn Bürgermeister Dr. S c h w a h n

im Nachgang zu der Vorlage gleichen Betreffs vor einigen Tagen.

Der heutige Altertumsverein ist nach Feststellung bei Gericht nicht als ein eingetragener Verein anzusehen.

Es wird aus diesem Umstand von verschiedenen Seiten behauptet, der heutige Altertumsverein sei mit dem alten Altertumsverein nicht identisch und könnten Rechte aus dem alten Vertrag der Stadt gegenüber nicht geltend machen.

Inwieweit diese Ansicht berechtigt ist, ist wohl eine juristische Frage, die ich nicht entscheiden möchte.

Mainz, den 6. April 1951

Regierungsrat a.D.



StAMZ, NL Oppenheim / 9,4 - 26

MAINZ, den 9. April 1951

# EINLADUNG

an die

## MITGLIEDER DES STADTRATES

auf Freitag, den 13. April 1951, 16 Uhr

zu einer Besichtigung des Stadttheaters (Stand der Bauarbeiten)  
und anschließender Besprechung über die innere Ausgestaltung des Foyers  
und des Zuschauerraumes

**Treffpunkt: Im Foyer des Stadttheaters**

*Anton Pong. Prof. Oppenheim*



Aktz.: A 54 o1 3/49


N o t i z

Die Veranstaltung einer Berke-Ausstellung wurde bereits im Juli 1950 festgelegt.

Am 20. Dezember wurde Herrn Bürgermeister Dr. Schwahn (Aktz. A 84 3o 2o) von dieser Absicht Kenntnis gegeben. Prof. Gerke hatte übernommen, bei der Eröffnung der Ausstellung die auf den 17. März festgelegt war, ein Einführungsvortrag zu halten. Am 3. März sandte Herr Dr. Arens einen Aktenvermerk betreffend Telefonanruf des Herrn Oberbürgermeisters am 3. 3. 1951.

Diesen Vermerk habe ich am 7. März Herrn Oberbürgermeister Stein weitergereicht, der am 8. März Kenntnis genommen hat.

Mainz, den 6. April 1951

  
Regierungsrat a.D.



Michel Oppenheim  
Reg.Rat a.D.

Mainz, den 28. Februar 1951

An das

Landesamt  
für Wiedergutmachung

M a i n z

Münsterplatz  
- Telehaus -

Wegen der bekannten Schwierigkeiten, die mir auch verboten einen Zahnarzt aufzusuchen, war es mir nicht möglich, mein Gebiss so in Ordnung zu halten, wie es unter anderen Umständen selbstverständlich gewesen wäre.

Vom Jahre 1945 an habe ich mehrfach kleine Reparaturen ausführen lassen, die aber nicht genügten. Ein neues Gebiss wurde dann Ende 1948 angefertigt. Es mussten verschiedene Änderungen ausgeführt werden, sodass ich erst im Jahre 1950 eine Rechnung bekam. Der Rechnungsbetrag beläuft sich auf 380,--DM. Die Rechnung füge ich bei.

Falls die Möglichkeit besteht, mir aus den dem Landesamt für Wiedergutmachung zur Verfügung stehenden Mitteln den Rechnungsbetrag zur Verfügung zu stellen, wäre mir in einer grossen Notlage geholfen.

Ich besitze zur Zeit nur den monatlich ausgezahlten Gehalt, mit dem ich eine derartige Rechnung nicht begleichen kann. Ich bitte daher, mir durch Zurverfügungstellung eines Rechnungsbetrags zu helfen.

Hochachtungsvoll!



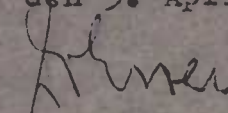


AktenvermerkBetr.: Besuch bei Maler B e r k e in Alfter

Anlässlich der Übernahme des Ursula-Teppichs suchte ich am 22. März 1951 auch den Maler Berke auf. Ich wollte durch ein persönliches Gespräch feststellen, ob Herr Berke die Gründe zur Absage seiner Ausstellung aus unseren bisherigen inoffiziellen Mitteilungen richtig verstanden hat. Dies ist der Fall. Herr Berke hat darüber hinaus volles Verständnis für die Situation in die wir gekommen sind und äusserte von sich aus das Anerbieten, eventuell durch irgendwelche Veröffentlichungen uns zu helfen. Ich habe geschildert, daß durch derartige Weiterungen uns nur Unannehmlichkeiten erwüchsen die zu keinem sachlichen Erfolg führen würden. Ich habe ihm aber selbstverständlich freigestellt, durch eine offizielle Anfrage bei uns auch offiziell die Gründe der Absage zu erfahren und um sie dann öffentlich auswerten zu können. Übrigens ist Herr Berke bereits wenige Tage nach unserer Absage von Pressevertretern auf die Angelegenheit hin angesprochen worden, ohne daß mir klar geworden wäre, auf welchem Weg die Nachricht so schnell in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Ich habe ihm gesagt, daß wir eine eventuelle Beantwortung einer Anfrage an den zuständigen städtischen Dezernenten mit der Bitte um Beantwortung weiterleiten werden. Herr Berke zeigte jedoch keine besonderen Absichten, seinetwegen Maßnahmen zu ergreifen.

Durch den Ausfall der Mainzer Ausstellung ist Herr Berke in einige Verlegenheit gekommen, da er mehrere Ausstellungen, für die er aufgefordert war - beispielsweise Stuttgart - nicht beschicken konnte. Bei meinem Besuch zeigte mir Herr Berke mehrere von ihm für die Mainzer Ausstellung vorgesehenen Werke, die mich doch sehr überrascht hatten nicht nur durch ihre allgemeine Qualität, sondern auch durch die Tatsache, daß hier durch abstrakte Formen eine Räumlichkeit zu bilden gelungen ist. Ich habe das Nichtzustandekommen der Mainzer Ausstellung deshalb ehrlich bedauern müssen.

Mainz, den 3. April 1951





Betr.: Kunstausstellungen in MainzI. Aktennotiz

Zu dem Bericht der Gemäldegalerie vom 7. März 1951:

Die Einstellung des Leiters der Gemäldegalerie bezüglich der Veranstaltung von Ausstellungen kann nur zum Teil anerkannt werden. Zum Teil ist sie abzulehnen.

Richtig ist, dass die Städt. Gemäldegalerie bei der Veranstaltung von Kunstausstellungen eine bestimmte Richtung nicht grundsätzlich ausschliessen darf. Täte sie dies doch, so käme man in Mainz zu einer Kunst-Diktatur, die sich von der im dritten Reich kaum unterscheiden würde.

Abzulehnen ist der Wunsch, die Veranstaltung von Ausstellungen auf andere Schultern abzuschieben. Die regelmässige Veranstaltung von Ausstellungen durch die Leitung der Gemäldegalerie hat sich in Mainz bis jetzt durchaus bewährt. Es liegt kein Grund vor, von dieser Übung abzuweichen. Die persönliche Einstellung zweier Herren sollte hier nicht massgebend sein dürfen. Es muss aber anerkannt werden, dass diese beiden Herren auch ohne Veranstaltung von Ausstellungen mit Arbeit überreich eingedeckt sind.

II. Herrn Bürgermeister Dr. Schwahn

vorgelegt mit der Bitte eine Entscheidung herbeiführen zu wollen. Auf die vorstehende Aktennotiz nehme ich Bezug. Es wäre am besten, wenn der Herr Oberbürgermeister sein Verbot zurücknehmen wollte. Mit der Veranstaltung von Ausstellungen sollte es dann bleiben wie bisher. Wenn die Restaurierungsarbeiten weiter fortgeschritten sind, werden mehr Ausstellungen veranstaltet werden. Eine Ausstellung moderner Bilder fände dann seltener statt.

[retrospektive

Mainz, den 5. April 1951

Regierungsrat a.D.





Der Oberbürgermeister der Stadt Mainz

Der Oberbürgermeister der Stadt Mainz

Fernruf Nr. 321

Herrn

Regierungsrat a.D.  
Michael O p p e n h e i m

- im Hause -

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Aktenzeichen

Mainz, den

E 12 10

13. Nov. 1950

Bei Antwort bitte angeben

Betreff:

Ihr Antrag auf Gewährung einer Beihilfe zu den Kosten eines Zahnersatzes war Gegenstand der Verwaltungskonferenz am 7.11.1950. Die Konferenz vertritt die Ansicht, dass Sie wegen Ihres Antrags an die Betreuungsstelle für die Verfolgten des Naziregimes verwiesen werden sollen, da von dieser Stelle derartige Hilfe gewährt werde. Ein Rechtsanspruch aufgrund der Beihilfegrundsätze für Gewährung einer Beihilfe aus Mitteln der Stadt Mainz besteht nicht, da der Antrag verspätet gestellt wurde. Beihilfefähige Aufwendungen können nämlich nur für die dem Antragsmonat vorausgehenden 12 Monate geltend gemacht werden. Der Zahnersatz ist jedoch lt. der vorgelegten Rechnung bereits 1948 geliefert worden.

Im Auftrag:



StAMZ, NL Oppenheim / 9,4 - 32

**WALTHER ZAWAR**  
DENTIST

RÖNTGEN-DIAGNOSE  
DIATHERMIE  
ULTRAKURZWELLEN

Bank-Konto: Mainzer Volksbank

Sprechstunden:  
von 9 - 12 außer Samstag

MAINZ, 22. Aug. 1950.  
Hindenburgstraße 10

Herrn

.....  
Reg. Rat Oppenheim

.....  
M a i n z

Am Stiftswingert 19

Sie belieben umstehenden Betrag für Behandlung der Zähne zu entrichten:  
Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Meine Leistungen aus RM Zeit sind durch Gegen-  
leistungen abgegolten.



# RECHNUNG

1948				
Aug. 19.	1. Oberstück aus:			
	Paladon-platte	DM	40.	-
	14 Zähne aus Vitalumin	"	140.	-
	2 Saugekammern	"	20.	-
	1 Unterstück aus:			
	Paladon - Platte	"	40.	-
	14 Palapontzähne	"	140.	-
		DM	380.	-

19. 4. 1951

Herrn

Oberbürgermeister S t e i n

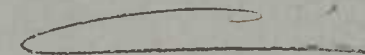
M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Es tut mir aufrichtig leid, dass ich mich am Ende meiner Dienstzeit noch krank melden muss.

Ich habe den Wunsch, dass das boilliegende Attest nicht wörtlich erfüllt werden muss und hoffe in einigen Tagen wieder arbeiten zu können.

Anl. Mit vorzüglicher Hochachtung  
bin ich  
Ihr sehr ergebener





Abschrift

Dr. med. Carl S c h u n k  
Facharzt für innere Krankheiten  
Mainz, Fischtorplatz 16

18. IV. 51

Wegen Gehirnerschütterung mit Erbrechen  
und Brechreiz ist Herr Regierungsrat  
M. Oppenheim für 14 Tage - 3 Wochen  
bettlägerig und dienstunfähig krank.  
Es handelt sich um einen Unfall auf dem  
Wege zum Dienst.

gez. Schunk

Am 28.4.51  
auftrag  
zum Schluss  
gemacht.



Die Herausgeber  
der Eckert-Festschrift

Mainz, 16. 4. 1951

Herrn

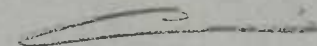
Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

An die Erledigung des Briefes den Herr  
Prof. Dr.Napp-Zinn und ich am 6. Februar  
betreffend Eckert-Festschrift an Sie ge-  
richtet haben, erlaube ich mir, Sie er-  
gebenst zu erinnern.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
bin ich  
Ihr sehr ergebener



Regierungsrat a.D.

Abschrift

Aktz.: A 11 1o o1 2/49

Michel Oppenheim  
Reg.Rat a.<sup>u</sup>.

Mainz, den 16. September 1949

An den

Herrn Oberbürgermeister  
S t e i nM a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Als mein Referat zusammengestellt wurde, hatten Sie auf meinen besonderen Wunsch mir auch die Bearbeitung der Denkmalspflege zugeteilt. Es hat sich nun im Laufe der Zeit herausgestellt, dass meine Auffassung über Denkmalspflege mit der des Herrn Dezernenten nicht übereinstimmt. Dies tritt insbesondere zutage durch ein Schreiben das von dem Herrn Dezernenten am 12. September 1949 an den Herrn Regierungspräsidenten für Rheinhessen gerichtet wurde.

Der Inhalt dieses Schreibens und die Auffassung des Absenders zu den Fragen der Denkmalspflege wird in Fachkreisen sicher eingehend besprochen und kritisiert werden. Ich möchte nicht mit der in diesem Schreiben und anderen Orts vorgetragenen Auffassung identifiziert werden.

Ich bitte Sie daher, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, die Bearbeitung der Denkmalspflege mir wieder abzunehmen. Ich bedaure, diese Bitte aussprechen zu müssen, da ich mich seit langer Zeit mit den einschlägigen Fragen im Interesse der Vaterstadt gern und eingehend beschäftigt habe.

Auch wenn ich die Denkmalspflege nicht mehr referatsmässig bearbeite, stehe ich selbstverständlich auf diesem Gebiete jeder Zeit für einen Rat, für eine Auskunft oder was es sein mag zu Ihrer Verfügung.

Ich bin  
Ihr sehr ergebener

gez.Oppenheim



U.R. Herrn Beigeordneten Dr. D a s s e n  
mit der Bitte um Kenntnis und Stellungnahme.

Mainz, den 19. September 1949  
Der Oberbürgermeister

gez. S t e i n

U. Herrn Oberbürgermeister S t e i n  
zurückgereicht.

Ich nehme an, dass zu dem vorstehenden Bericht des Herrn Reg.Rat Oppenheim 2 Anträge Anlass gewesen sind, die ich an die Regierung in Koblenz gerichtet habe.

Meine Anträge behandelten den Schönborner-Hof und den gotischen Giebel Korbasse 3.

Bezüglich des Schönborner-Hofes bemerke ich, dass der Stadtrat die Verbreiterung der Schillerstrasse am Schönborner Hof und am Proviantamt genehmigt hat. Kommt der Plan zur Durchführung kann der Schönborner-Hof an seiner alten Stelle nicht mehr errichtet werden.

Nachdem der Stadtrat den Plan genehmigt hat, ist es meine Pflicht, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um den Plan zur Durchführung zu bringen. Das Hessische Denkmalschutzgesetz, das heute noch für die Stadt Mainz Gültigkeit hat, schreibt vor, dass, wenn, durch eine Baufluchtlinie ein Baudenkmal beeinträchtigt wird, die Entscheidung des Ministeriums eingeholt werden muss. Entsprechend habe ich den Fluchtlinienplan für die Schillerstrasse dem Ministerium für Wiederaufbau mit der Bitte vorgelegt, den Plan zu genehmigen.

Seit Anfang ds.Js. bemüht sich der Denkmalpfleger, den gotischen Giebel Korbasse 3 zu erhalten. Es sind schriftliche und mündliche Verhandlungen mit Behörden und Privaten geführt worden, um die Mittel zur Erhaltung des Baudenkmals zu beschaffen. Nachdem die Bemühungen bis heute ohne jeden Erfolg geblieben sind, habe ich dem Landeskonservator über den Regierungspräsidenten mitgeteilt, dass ich zur Sicherung der Bevölkerung gezwungen wäre, den gotischen Giebel niederzulegen. Ich habe eine letzte Frist von 6 Wochen gestellt, um nochmals dem Landeskonservator die Möglichkeit zu geben, Mittel für die Sicherungsarbeiten zu beschaffen.

Nach Ablauf von 6 Wochen werde ich, wenn ich keinen weiteren Bescheid erhalten habe, den Giebel niederlegen lassen.

Dass die Denkmalpflege für Herrn Reg.Rat Oppenheim schwierig ist und nur wenig Erfolg zeigt, hat seine Ursache darin, dass für die Erhaltung von Baudenkmalen Mittel nur in unzureichendem Mass zur Verfügung gestellt werden.

Ich halte in der gleichen Weise wie Herr Regierungsrat Oppenheim es für wünschenswert, dass die Baudenkmalen erhalten werden. Wenn dies aber mangels Mittel nicht möglich ist, muss ich die Beseitigung der Denkmäler verlangen, wenn Personen durch diese gefährdet sind.

Ich sehe eigentlich keinen Anlass, warum Herr Oppenheim die Denkmalpflege aufgeben will.

Mainz, den 12. Oktober 1949  
gez. Dr. Dassen

//

//

Herrn Regierungsrat O p p e n h e i m  
zur gefl. Kenntnisnahme.

Mainz, 15. Oktober 1949  
Der Oberbürgermeister  
gez. S t e i n

Nach Kenntnisnahme  
zurückgereicht.

Mainz, den 19. März 1951  
gez. Oppenheim



Aktz.: A 11 10 01 2/49

Michel Oppenheim

Mainz, den 16. September 1949

Reg.Rat a.D.

An den

Herrn Oberbürgermeister

S t e i n

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Als mein Referat zusammengestellt wurde, hatten Sie auf meinen besonderen Wunsch mir auch die Bearbeitung der Denkmalspflege zugeteilt. Es hat sich nun im Laufe der Zeit herausgestellt, dass meine Auffassung über Denkmalspflege mit der des Herrn Dezernenten nicht übereinstimmt. Dies tritt insbesondere zutage durch ein Schreiben das von dem Herrn Dezernenten am 12. September 1949 an den Herrn Regierungspräsidenten für Rheinhessen gerichtet wurde.

Der Inhalt dieses Schreibens und die Auffassung des Absenders zu den Fragen der Denkmalspflege wird in Fachkreisen sicher eingehend besprochen und kritisiert werden. Ich möchte nicht mit der in diesem Schreiben und anderen Orts vorgetragenen Auffassung identifiziert werden.

Ich bitte Sie daher, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, die Bearbeitung der Denkmalspflege mir wieder abzunehmen. Ich bedaure, diese Bitte aussprechen zu müssen, da ich mich seit langer Zeit mit den einschlägigen Fragen im Interesse der Vaterstadt gern und eingehend beschäftigt habe.

Auch wenn ich die Denkmalspflege nicht mehr referatsmässig bearbeite, stehe ich selbstverständlich auf diesem Gebiet jeder Zeit für einen Rat, für eine Auskunft oder was es sein mag zu Ihrer Verfügung.

Ich bin  
Ihr sehr ergebener

gez.Oppenheim



U.R. Herrn Beigeordneten Dr. D a s s e n

mit der Bitte um Kenntnis und Stellungnahme.

Mainz, den 19. September 1949

Der Oberbürgermeister:

gez. Stein

U. Herrn Oberbürgermeister S t e i n

zurückgereicht.

Ich nehme an, dass zu dem vorstehenden Bericht des Herrn Reg.Rat Oppenheim 2 Anträge Anlaß gewesen sind, die ich an die Regierung in Koblenz gerichtet habe.

Meine Anträge behandelten den Schönborner-Hof und den gotischen Giebel Korbegasse 3.

Bezüglich des Schönborner-Hofes bemerke ich, dass der Stadtrat die Verbreiterung der Schillerstrasse am Schönborner-Hof und am Proviantamt genehmigt hat. Kommt der Plan zur Durchführung, kann der Schönborner-Hof an seiner alten Stelle nicht mehr errichtet werden.

Nachdem der Stadtrat den Plan genehmigt hat, ist es meine Pflicht, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um den Plan zur Durchführung zu bringen. Das Hessische Denkmalschutzgesetz, das heute noch für die Stadt Mainz Gültigkeit hat, schreibt vor, dass, wenn durch eine Baufluchtlinie ein Baudenkmal beeinträchtigt wird, die Entscheidung des Ministeriums eingeholt werden muss. Entsprechend habe ich den Fluchtlinienplan für die Schillerstrasse dem Ministerium für Wiederaufbau mit der Bitte vorgelegt, den Plan zu genehmigen.

Seit Anfang ds-Js. bemüht sich der Denkmalpfleger, den gotischen Giebel Korbegasse 3 zu erhalten. Es sind schriftliche und mündliche Verhandlungen mit Behörden und Privaten geführt worden, um die Mittel zur Erhaltung des Baudenkmals zu beschaffen. Nachdem die Bemühungen bis heute ohne jeden Erfolg geblieben sind, habe ich dem Landeskonservator über den Regierungspräsidenten mitgeteilt, dass ich zur Sicherung der Bevölkerung gezwungen wäre, den gotischen Giebel niederzulegen. Ich habe eine letzte Frist von 6 Wochen gestellt, um nochmals dem Landeskonservator, die Möglichkeit zu geben, Mittel für die Sicherungsarbeiten zu beschaffen. Nach Ablauf der 6 Wochen werde ich, wenn ich keinen weiteren Bescheid erhalten habe, den Giebel niederlegen lassen.

Dass die Denkmalpflege für Herrn Reg.Rat Oppenheim schwierig ist und nur wenig Erfolg heisst, hat seine Ursache darin, dass für die Erhaltung von Baudenkmalern Mittel nur in unzureichendem Masse zur Verfügung gestellt werden. Ich halte in der gleichen Weise wie Herr Regierungsrat Oppenheim es für wünschenswert, dass die Baudenkmalen erhalten werden. Wenn dies aber mangels Mittel nicht möglich ist, muss ich die Beseitigung der Denkmäler verlangen, wenn Personen durch diese gefährdet sind. Ich sehe eigentlich keinen Anlaß, warum Herr Oppenheim die Denkmalpflege aufgeben will.

Mainz, 12n. Oktober 1949  
gez. Dassen

Aktz.: A 11 10 01 2/49

Herrn Regierungsrat O p p e n h e i m

zur gefl. Kenntnisnahme.

Mainz, den 15. Oktober 1949

Der Oberbürgermeister:

gez. S t e i n

//

//

I. Kenntnis genommen.

Mainz, den 19. März 1951



StAMZ, NL Oppenheim / 9,4 - 41

**Landeshauptstadt und Universitätsstadt Mainz**  
**DER OBERBURGERMEISTER**

Landeshauptstadt und Universitätsstadt Mainz  
Der Oberbürgermeister

Fernuf Nr. 141

Herrn  
Oberrechtsrat  
Michel Oppenheim  
- im Hause -

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Aktenzeichen

Mainz, den

E 12 10

10. März 1951

Bei Antwort bitte angeben

14.3.

Betreff:

Sehr geehrter Herr Oberrechtsrat!

Das Ministerium für Inneres und Wirtschaft hatte sich bekanntlich unterm 21.7.1950 mit der ausnahmsweisen Hinausschiebung Ihrer Ruhestandsversetzung bis zur Vollendung des 66. Lebensjahres einverstanden erklärt. Da Sie nun im Mai ds. Js. das 66. Lebensjahr vollenden, muß demnach Ihr aktives Dienstverhältnis mit dem 31. Mai 1951 enden.

Ich bitte Sie, bereits jetzt hiervon Kenntnis zu nehmen. Auf mein Schreiben vom 2.8.1950 nehme ich Bezug.

*Stein*



Michel Oppenheim  
Reg.Rat a.D.

Mainz, den 14. März 1951

Herrn


Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Ich bestätige den Empfang Ihrer Verfügung  
vom 10. März, mit der Sie mir mitteilen,  
dass mein aktives Dienstverhältnis mit  
dem 31. Mai 1951 endet.

Mit vorzüglicher Hochachtung!



7. März

51

An den

Herrn Oberbürgermeister  
- Kulturdezernat -M a i n zBetr.: Kunstaussstellungen

Aus der Auffassung heraus, dass ein öffentliches Museum bei Veranstaltungen von Ausstellung gegenwärtiger Kunst die Aufgabe habe, die derzeitigen bedeutsamen Kunstströmungen in möglichst qualitatvollen Werken vorzuführen ohne Bevorzugung subjektiv vielleicht sympathischerer Richtungen, wurde im vergangenen Jahre bei der Aufstellung des diesjährigen Ausstellungsprogramms der Städtischen Gemäldegalerie der Plan gefasst, unter anderem als einen Ausgleich zur Cauer-Ausstellung eine Ausstellung von Gemälden des Malers Hubert Berke zu zeigen.

Das Vorhaben hatte das Einverständnis von Herrn Regierungsrat Oppenheim. Bei diesbezüglichen Verhandlungen mit dem Künstler erklärte sich dieser einverstanden, im Frühjahr 1951 seine Werke für eine Mainzer Ausstellung zur Verfügung zu stellen. Diese Tatsache wurde bei der Eröffnung der Cauer-Ausstellung am 30. 9. 1950 offiziell mitgeteilt. Im Zuge der Vorbereitungen bestätigte Herr Regierungsrat Oppenheim auf unsere Anfrage vom 15. 12. 1950 nach Rücksprache mit Herrn Bürgermeister Dr. Schwahn mit Schreiben vom 20. 12. und 28. 12. 1950 noch einmal die Durchführbarkeit dieser Ausstellung und wünschte deren Eröffnung noch vor Ostern 1951. Auf unsere Anfrage vom 27. 2. 51 wie die Verrechnung gehandhabt werden solle, da der Etat für 1950 ausgegeben sei und die Rechnungen damit durch Vorgriff auf den Etat von 1951 bezahlt werden müsste, obwohl die Ausstel-

.//.



lung noch im alten Rechnungsjahr beginnen würde, erfolgte am 3. 3. 1951 eine Reihe von Rückfragen des Stadthauses über Art, Umfang und voraussichtliche Kosten der Ausstellung. Nach deren Beantwortung teilte der Herr Oberbürgermeister persönlich am 3. 3. 51 telefonisch mit, dass die Ausstellung nicht stattfinden soll. Über das Telefongespräch liegt ein besonderer Aktenvermerk vor, auf den hier Bezug genommen wird.

Aus der damit geschaffenen Sachlage scheinen sich für die Gemäldegalerie folgende Folgerungen zu ergeben:

Entweder wird der Herr Oberbürgermeister nach Kenntnisnahme der Gründe für die Ausstellungsauswahl der Gemäldegalerie grundsätzlich die Freiheit einräumen, im Einvernehmen mit den zuständigen Verwaltungsdienststellen ein Ausstellungsprogramm aufzustellen, das ihrerseits vertretbar ist. Wesentliche Voraussetzung dafür wäre aber die Möglichkeit einer Berücksichtigung sämtlicher Kunstrichtungen lediglich nach Massgabe deren allgemeiner Bedeutung und künstlerischen Qualität.

Oder aber die Gemäldegalerie verzichtet grundsätzlich auf die Veranstaltung von Ausstellungen moderner Kunst.

Jedenfalls scheint es unmöglich, dass seitens der Gemäldegalerie lediglich Ausstellungen bestimmter Kunstrichtungen veranstaltet werden, da dies ja von den lebenden Künstlern nur als eine Kunstdiktatur aufgefasst würde. Ebenso scheint es untragbar, wenn die Gemäldegalerie nur Ausstellungen lokaler Künstler bringen würde, da hiernit nicht nur den ortsansässigen Künstlern ein schlechter Dienst erwiesen wäre, sondern auch die Verpflichtung einer objektiven Unterrichtung des Publikums verabsäumt würde.

Die Möglichkeit, seitens der Gemäldegalerie, grundsätzlich auf Ausstellungen gegenwärtiger Kunst zu verzichten, scheint durchaus gegeben, da die Pflege gegenwärtiger Kunst nicht notwendig zu den Aufgaben eines aus öffentlichen Mitteln zu unterhaltenden Museums zu gehören braucht. ( Beispiele ei-



- 2 -

ner solchen Einstellung bieten unter anderem die Landesmuseen in Trier und Bonn und das Städtische Museum in Aschaffenburg). Vor allem kann ein derartiger Gesichtspunkt gelten gemacht werden, wenn das Museum, wie es bei uns der Fall ist, derartig viele Aufgaben und Arbeiten lediglich zur Erhaltung seines Bestandes durchzuführen hat, dass jede andere Tätigkeit nur durch Hintanstellung der museumseigenen Verpflichtungen möglich ist. Auch könnte damit die Möglichkeit gegeben sein, während der grössten Zeit des Jahres eine Schausammlung aus den Museumsbeständen im "Haus am Dom" zu zeigen.

Im Falle eines Verzichtes der Gemäldegalerie auf Veranstaltungen von Ausstellungen gegenwärtiger Kunst wäre jedoch dafür Sorge zu tragen, dass diese Aufgabe von einer freien Vereinigung, etwa einem Kunstverein, übernommen wird. Eine solche Veranstaltung könnte von der Stadt unterstützt werden, beispielsweise durch eine zeitweise kostenfreie Überlassung des Ausstellungsraumes im "Haus am Dom".

Da es sich hier um die Entscheidung in einer grundsätzlichen Frage des Aufgabenbereiches der Städt. Gemäldegalerie handelt, deren beide Lösungsmöglichkeiten für die Gemäldegalerie tragbar erscheinen, sei diese Frage hier lediglich gestellt, mit der Bitte, sie seitens der zuständigen Verwaltungsstellen oder politischen Organe zu entscheiden.

*Alus.*



Abschrift

Mainz, den 3. März 1951

A k t e n v e r m e r k

Betr.: Telefonanruf des Herrn Oberbürgermeisters am 3.III.51

Heute Vormittag rief mich der Herr Oberbürgermeister an und fragte, welcher Art die Ausstellung sein würde, die wir am 17. März eröffnen wollten und für die ein Vorgriff auf die Gelder des neuen Etatsjahres notwendig sein würde. Ich antwortete darauf, es sei eine Ausstellung des Malers Hubert Berke aus Alfter bei Köln geplant, der m.E. wohl der beste abstrakte Maler Westdeutschlands sei. Darauf antwortete der Herr Oberbürgermeister, dann möchte er doch lieber von der Ausstellung absehen. Er verstehe nicht, wie wir so eine Ausstellung machen könnten. Ich wiederholte, dass wir gerade Berke ausstellen wollten, weil er zu den führenden sog. abstrakten Malern zähle. Darauf sagte der Herr Oberbürgermeister, er würde nicht glauben, dass in Köln Mainzer Künstler ausgestellt würden. Er sähe dann nicht ein, warum man unser Geld für einen Kölner Künstler ausgeben solle. Darauf erwiderte ich, dass die Gemälde von Berke sich eines grösseren Rufes erfreuten. Ausserdem hätten die Mainzer Künstler doch erst vor kurzem in Worms ausgestellt. Der Herr Oberbürgermeister antwortete, die Mainzer Künstler hätten aber in Worms nichts verkauft, was er verstehen könne, da man niemand zumuten könne, so etwas zu kaufen. Viel richtiger sei es, von dem Ausstellungsgeld die beschädigten Bilder der Galerie wiederherzustellen. Ich hätte ja nicht ganz zu Unrecht immer wieder betont, dass für die Wiederherstellung der beschädigten Bilder mehr Geld aufzuwenden sei. Auf den Einwand, dass es doch unmöglich sei, Geld von einem Etatstitel, Ausstellungen, auf den anderen, Restaurierungen, zu übertragen, erwiderte der Herr Oberbürgermeister, das sei doch zu machen, er würde sich dafür einsetzen. Als ich darauf noch einmal fragte, damit sei also die Ausstellung Berke abgesagt, bestätigte dies der Herr Oberbürgermeister.

A r e n s

Dem Herren Oberbürgermeister

mit der Bitte um gefl. Kenntnisnahme.

Durch Kulturdezernat (Herrn Reg.Rat Oppenheim)

/ #

//

Herrn Oberbürgermeister S t e i n

zur gefl. Kenntnisnahme weitergereicht.

Mainz, den 7. März 1951

Reg. Rat a.D.

K.g. 8.3.51.  
"St."



Aktz.: E 12 o1 o3

Betr.: Besetzung des Direktorpostens am Naturhistorischen Museum.

I. A k t e n n o t i z

Am 3. 10. schlägt Dr. Jung Herrn Prof. Heller vor " Nachdem durch das unverständliche Zögern der Stadt Mainz....."

Am 10. Oktober gent das Schreiben von Kломann an Bürgermeister Dr. Schwahn " Beim Naturhist. Museum befindet sich zur Zeit planmässig lediglich Dr. Weismantel. Daneben wird noch der in den Ruhestand versetzte Konservator Stadelmann beschäftigt. Ich bitte um Stellungnahme, ob eine Änderung in der Besetzung eintreten soll. Im Stellenplan ist lediglich die Stelle des Herrn Weismantel vorge-sehen."

Am 23. 12. an Herrn Hebacn

Am 11. 1. 1951 Schreiben an Herrn Oberbürgermeister von Dr. Schwahn.

II. Über die Gestaltung des Stellenplans für die Museen bin ich nie gehört worden. Ich habe von ihm erst erfahren, durch die oben wiedergebene Aufschrift Kломann.

Mainz, den 1. Februar 1951



Städt. Straßenbahn  
Mainz

(22b) Mainz,  
Rheinallee 137  
Fernruf 321/2511  
Nebenapparat 359

3.2.51

Ki/mö

Herrn

Michel Oppenheim  
Regierungsrat a.D.

M a i n z  
Pulverturm 13

Ihr Aktz.: .....

Ihr Schreiben .....

30.1.51

Unser Aktz.: .....

VIII 6a 5/51

Betr.: .....

Hier .....

Sehr geehrter Herr Regierungsrat!

In Beantwortung Ihres vorgenannten Schreibens teilen wir mit, daß die Omnibusse zur höchsten betriebswirtschaftlichen Ausnutzung täglich vielseitig eingesetzt werden müssen. Darüberhinaus war im Januar durch die Karnevalscampagne ein gesteigertes Verkehrsbedürfnis zu erfüllen.

Der Theaterwagen am 19.1.51 ist von einer anderen Fahrt kommend, um 21.55 Uhr am Theater eingetroffen. Nach dem Theaterplan war als Schluß der Vorstellung 21.45 angegeben. Der Wagen kam somit rechtzeitig an, da ja normalerweise mit einer Entleerungszeit nach Schluß der Vorstellung, von immerhin 10 Minuten gerechnet werden kann. Da um 21.55 die Theaterbesucher noch nicht restlos das Haus verlassen hatten, konnte der Wagen erst um 22.10 Uhr, wie in unserem Schreiben vom 27.1.51 mitgeteilt, am Pulverturm abfahren.

Über die bei dieser Fahrtverkauften Fahrscheine haben wir Ihnen bereits in diesem Schreiben Mitteilung gegeben.

Falls Sie genau zur angegebenen Schlußzeit um 21.45 Uhr das Theater verlassen haben, hat der Wagen allerdings noch nicht gestanden. Er ist aber trotzdem noch rechtzeitig eingetroffen und somit war den Theaterbesuchern Beförderungsmöglichkeit geboten.

Städt. Straßenbahn

~~Ma 1 2~~  
*[Handwritten signature]*

Ar. n. 1.17  
Herrn

Herrn  
Oberbürgermeister  
S t e i n  
M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !  
Von der Städt. Strassenbahn erhielt ich heute das in Abschrift  
beifolgende Schreiben, das ich gemäss Anl. 2 beantwortete.  
Da Herr Oberbaurat Kipper meine Angaben bezweifelt und da  
ich keine Lust habe derartige Schreiben zu beantworten werde ich  
in Zukunft von der Absendung eines Berichts über einen  
fehlenden Omnibus Abstand nehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
bin ich  
Ihr sehr ergebener

Regierungsrat a.D.



Michel Oppenheim

Mainz, den 30. Januar 1951

Reg.Rat a.D.

Herrn

Oberbaurat K i p p e r

M a i n z

Städt. Strassenbahn

Sehr geehrter Herr Oberbaurat !

Auf Ihre gefl. Mitteilung vom 27. Januar erlaube ich  
mir Ihnen Folgendes zu antworten:

Ich habe das Theater nach Schluss der Vorstellung zusammen  
mit den übrigen Besuchern verlassen. Ein Omnibus war nicht  
vorhanden. Ich begleitete daraufhin eine Dame nach dem Bahn-  
hof um den letzten Omnibus 22,19 Uhr ab Münsterplatz zu  
erreichen. Falls meine Angaben nicht genügen, könnte die  
Dame, die sich in meiner Begleitung befand, die Richtig-  
keit meiner Angaben bezeugen. Als wir auf dem Kästrich  
kreuzten kam von links ein Omnibus entgegen. Dies könnte  
der Theateromnibus gewesen sein. Er wäre dann aber reichlich  
zu spät gekommen.

Hochachtungsvoll!

27.1.1951

(22b) Mainz,  
Rheinallee 137  
Fernruf 321/2511  
Nebenapparat 359

Ki/Mö

Städt. Straßenbahn  
Mainz

Herrn

Regierungsrat a.D.  
Michel Oppenheim

M a i n z  
Pulverturm 13

Ihr Aktz.:

Ihr Schreiben

20.1.1951

Unser Aktz.:

VII. 6a 5/51

Betr.:

Hier

Mit vorgenanntem Schreiben haben Sie dem Herrn Oberbürgermeister mitgeteilt, daß am 19.1. 1951 nach Schluß der Theatervorstellung kein Omnibus von uns gestellt worden sei.

Nach dem Theaterplan war als Schluß der Vorstellung 21.45 Uhr angegeben. Der Omnibus war gestellt, ist 22.10 Uhr am Pulverturm abgefahren und hat gemäß Fahrtbericht und Kassenabrechnung 4 Fahrscheine à -.20 DM = 80 und 4 Fahrscheine à -.25 = 1.-- DM insgesamt 1.80 DM vereinnahmt.

Entweder liegt hier Ihrem Schreiben ein Irrtum zugrunde oder Sie haben die Vorstellung vor Ende oder das Haus erst nach 22.10 Uhr verlassen.

Städt. Straßenbahn

M a i n z



Aktz.:

Betr.: Omnibus nach beendiger Theatervorstellung

Michel Oppenheim

Mainz, den 20. 1. 1951

Herrn

Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Wunschgemäß teile ich Ihnen zu Ihrer Orientierung mit:

Nach der gestrigen Vorstellung im Theater war kein Omnibus vorhanden.

Regierungsrat a.D.

b.w.

22.  
II

Herrn Dr. Schramm

zur geistl. Kenntniss.

### III, Zu den Akten

Mainz, den 20. 1. 1951

Regierungsrat a.D.

Klein - Trautwein

Super grandfather Sam Morris!

Harvard

StAMZ, NL Oppenheim / 9,4 - 53

StAMZ, NL Oppenheim / 9,4 - 53

Ich habe die freundliche Bescheidens. 6.12. falls ich nicht  
entsprechend geantwortet. Ich ist sehr zu, dass Ihnen  
offene Briefe zu geben, und wenn sie das  
wären nicht möglich. Ich bin ein Aufsteiger  
der modernen ~~und der alten~~ Kunst,  
haben die alte Malerei aus sehen ist nicht  
denn gegen die Kunst der alten Kunst  
wissen wir. Ich ist sehr zu, dass  
Ihre Meinung bekräftigen kann.

[illegible]

Ich habe aber noch etwas zu thun. Ich habe  
den beiden Malena Jacobi mit stark ent-  
färbten Briefen die Jacobi'schen gegeben,  
in der neuen verbesserten Eintheilung in der  
Hoffe zu bewahren, und inzwischem mich



gepflegt ist. Es soll ferner angesetzt,  
 dass Einsatz von ~~Stoffen~~ <sup>allgemein</sup> ~~Stoffen~~  
 Mantrage in der Welt ~~Stoffen~~ <sup>Stoffen</sup>  
 ferner ansetzen. <sup>dass</sup> ~~unser~~

Es geht, dass ~~unser~~ <sup>allgemein</sup>  
 Stoffen, um den ~~Stoffen~~ <sup>Stoffen</sup>  
 Mantrage ~~Stoffen~~ <sup>Stoffen</sup>  
 für ~~Stoffen~~ <sup>Stoffen</sup>  
 wenn du ~~Stoffen~~ <sup>Stoffen</sup>  
 dann mit den ~~Stoffen~~ <sup>Stoffen</sup>  
 setzen und ~~Stoffen~~ <sup>Stoffen</sup>

Michel Oppenheim  
Reg.Rat a.D.

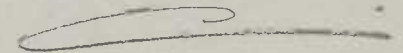
Mainz, den 30. Januar 1951

Herrn

Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

Zu Ihrer Orientierung teile ich Ihnen  
wunschgemäss mit, dass am Samstag, 27. 1.  
nach Schluss der Theatervorstellung  
"Doppeladler" ein Omnibus nicht zur Ver-  
fügung stand.





Betr.: Weihnachtsausstellung der Mainzer KünstlerA k t e n n o t i z

Die Unterhaltung über die künstlerische Wertung einzelner Bilder in der Wechselausstellung Mainzer Künstler im Haus am Dom, die gestern Vormittag von dem Herrn Oberbürgermeister mit den Malern Gustel Stark und Jamin geführt wurde, hat ein so starkes Echo hervorgerufen und wird zum Teil falsch wiedergegeben, dass es <sup>3. u. 4.</sup> richtig erscheint, sie hier festzuhalten.

Als der Herr Oberbürgermeister und ich den hinteren Raum der Ausstellung in dem die abstrakten Bilder ausgestellt sind, betraten, sagte der Herr Oberbürgermeister: " Die Stadt ist doch hier Hausherr. Da könnte ich doch gewisse Bilder aus der Ausstellung herausnehmen". Er wiederholte anschliessend die Beurteilung Dr. Dassens über die ausgestellten Bilder. Ich erwiderte, "Wenn Sie den Künstlern einen Gefallen tun wollen, protestieren Sie in irgend einer Form gegen die Ausstellung, das ist die beste Reklame, denn daraufhin wird die Ausstellung eifriger besucht und vielleicht auch ein oder das andere Bild verkauft werden. Im Interesse der Künstler wird also ein Protest Ihrerseits liegen. Andererseits liegt eine derartige Aktion aber nicht in Ihrem Interesse."

Die Aufsichts-dame, die in den hinteren Raum kam, wurde von dem Herrn Oberbürgermeister <sup>morgen im Lichte</sup> angesprochen, bald kam Gustel Stark und bald darauf auch Jamin. Der Oberbürgermeister sagte, er habe die Absicht den hinteren Raum in einer Weise abzusperren,

sodass man nur noch durch einen Spalt hineinsehen könne. Er äusserte sich in abfälliger Weise über die abstrakten Bilder, insbesondere über die von Schmitt, Stark, Kuhl, Jamin und Ludo Becker. Namentlich die Bilder von Gustel Stark und Ludo Becker erregten sein Mißfallen. Er sprach dies auch offen aus. Den Einwand von Stark, dass er nicht anders malen könne, ließ er nicht gelten.

Ich wüßte darauf hin, dass in allen Ländern das Aufkommen einer abstrakten Malerei zu beobachten sei und dass dies eine Zeiterscheinung sei, gegen die man kaum ankämpfen könne.

Der Oberbürgermeister sagte in der weiteren Unterhaltung, dass er etwas gegen die Ausstellung unternehmen wolle. Ich hätte ihm dazu geraten, da es im Interesse der Künstler gelegen sein wenn durch seine Anordnung mehr Reklame für die Ausstellung gemacht werde.

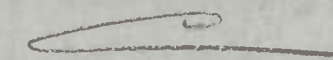
Ich stellte den Wortlaut der Unterhaltung zwischen dem Oberbürgermeister und mir fest und Herr Oberbürgermeister bestätigte die Richtigkeit meiner Darstellung.

Da man unschlüssig war, was nun geschehen solle, machte ich folgenden Vermittlungsvorschlag: Die Künstler werden ermächtigt, der Presse einen Artikel zu geben, in dem zum Ausdruck gebracht wird, dass der Herr Oberbürgermeister die Ausstellung besucht habe und dass er über verschiedene ausgestellte Bilder sein schärftes Mißfallen ausgesprochen habe. Herr Oberbürgermeister und die beiden Künstler waren damit einverstanden.

Anschliessend wurden fünf Bilder von Lamberger, Flinsch, Gebürsch, Leo Brandmüller und Rausch angekauft.

Gestern Abend bei der Veranstaltung der Gesellschaft für bildende Kunst, Vortrag Förster über Leiböl wurde ich von verschiedenen Seiten wegen der Angelegenheit angesprochen. Der Maler Richter-Retwig sagte u.a. der Herr Oberbürgermeister habe dem Maler Stark verboten so zu malen. Dies ist eine reichliche Übertreibung, die ich sofort richtig stellte. <sup>2/</sup>Es war jedenfalls erstaunlich, dass die Unterhaltung vom Vormittag schon bis in ihre Einzelheiten in weiteren Kreisen bekannt war.

Mainz, den 5. Dezember 1950



Regierungsrat a.D.



Michel O p p e n h e i m  
Reg.Rat a.D.

Mainz, den 19. 12. 1950  
Am Stiftswingert 19

I.

Herrn

Chefredakteur  
Erich D o m b r o w s k i

M a i n z

Allgemeine Zeitung

Sehr geehrter Herr Dombrowski !

Anbei erhalten Sie den versprochenen Artikel  
über den Schönborner Hof. Ich bitte Sie, die  
Verspätung zu entschuldigen. Aber erst heute  
erhielt ich die Genehmigung, obwohl ich  
seit dem 8. Dezember mehrfach um sie gebeten  
hatte.

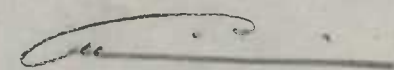
Hoffentlich sind Sie mit dem Text einver-  
standen.

Mit den besten Grüßen bin ich

1 Anl.

Ihr sehr ergebener

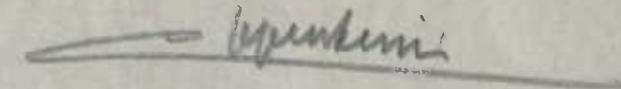
II. Z.d.A.



~~4~~ ~~11~~  
Herrn Oberbürgermeister S t e i n

nochmals vorgelegt mit der wiederholten Bitte um Entscheidung, ob der beifolgende Artikel gedruckt werden kann. Wenn Herr Beigeordneter Dr. Dassen auch schriftlich bemerkt, dass der Aufsatz den Beschlüssen von Stadtverwaltung und Stadtrat widerspricht, so darf ich hierzu bemerken, dass vor wenigen Tagen in der Zeitung gestanden hat, dass Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister in einer Versammlung erklärt haben, dass der Schönbornerhof wieder aufgebaut wird. Dass Herr Beigeordneter Dr. Dassen den Schönbornerhof gerne abreißen möchte ist mir bekannt. Aus diesem Grunde wurde ja der Artikel geschrieben.

Mainz, den 14. Dezember 1950



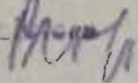
Regierungsrat a.D.

Zurückgereicht.

Die Veröffentlichung des anliegenden Artikels wurde durch Herrn Oberbürgermeister Stein genehmigt.

Mainz, 15.12.1950

Sekretariat  
Los Oberbürgermeister





I. U.R. Herrn Oberbürgermeister S t e i n

mit der Bitte um Entscheidung, ob der beifolgende Artikel an die Zeitung gegeben werden kann.

II. Wz. 15.12.1950

Mainz, den 9. Dezember 1950

Stadt Mainz

Ang. 13. DEZ. 1950

Az.

Regierungsrat a.D.

Mainz, den 11. Dezember 1950.

Herrn Oberbürgermeister Stein

zurückgereicht. Der Aufsatz von Regrat Oppenheim widerspricht den Beschlüssen von Stadtverwaltung und Stadtrat, die sich beide für die Verbreiterung der Schillerstraße unter Aufgabe des Schönborner Hofes ausgesprochen haben.

Zurückgereicht.

13.12.1950

15. Dezember 50

Der Pressestelle

Gemäss der Anordnung des Herrn Oberbürgermeisters lege ich den beifolgenden Artikel " Schönbornerhof, ja oder nein " vor. Ich habe die Absicht ihn an die Allgemeine Zeitung zu senden. *2. Bitte von unbefugten Anzeigen*

Mainz, den 8. Dezember 1950

Regierungsrat a.D.

Herrn Regierungsrat Oppenheim  
zurückgereicht.

Nachdem durch Stadtratbeschluss die Verbreitung des Strassenzugs der Schillerstr. am Schönborner Hof angenommen worden ist, ist es m.E. verwaltungsrechtlich nicht zu vertreten, dass ein Beamter der Stadt sich nachträglich noch gegen diese Entscheidung des Stadtrats wendet und sich in der Öffentlichkeit für die Beibehaltung des Schönborner Hofes ausspricht.

Mz, 9. Dez. 1950.

-Pressestelle-

I.

Herrn

Oberbaurat J ö r g

M a i n z

Hochbauamt

Sehr geehrter Herr Oberbaurat !

Eine Genehmigung für die Veröffentlichung des beifolgenden Artikels habe ich noch nicht erhalten. Herr Oberbürgermeister Stein will das Ergebnis der heutigen Besprechung abwarten und mir erst morgen eine Antwort geben. Er hat mich heute Morgen anlässlich einer Rücksprache über den Artikel eingeladen an der heutigen Besprechung teilzunehmen. Das kann ich nun leider nicht, da ich den ganzen Nachmittag über festgelegt bin. Wäre ich früher eingeladen worden, hätte ich es natürlich einrichten können.

Den beifolgenden Artikel übersende ich Ihnen ~~zu~~ zu Ihrer Orientierung mit der Bitte den Inhalt nach Gutdünken bei der Besprechung heute Nachmittag zu verwenden.

Mit den besten Grüßen bin ich

Anl.

Ihr

II.

Z.d.A.

Regierungsrat a. D.



Herrn Oberbürgermeister S t e i n

nochmals vorgelegt mit der wiederholten Bitte um Entscheidung, ob der beifolgende Artikel gedruckt werden kann. Wenn Herr Beigeordneter Dr. Dassen auch schriftlich bemerkt, dass der Aufsatz den Beschlüssen von Stadtverwaltung und Stadtrat widerspricht, so darf ich hierzu bemerken, dass vor wenigen Tagen in der Zeitung gestanden hat, dass Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister in einer Versammlung erklärt haben, dass der Schönbornerhof wieder aufgebaut wird. Dass Herr Beigeordneter Dr. Dassen den Schönbornerhof gerne abreißen möchte ist mir bekannt. Aus diesem Grunde wurde ja der Artikel geschrieben.

Mainz, den 14. Dezember 1950



Regierungsrat a.D.

Herrn Oberbürgermeister Stein

zurückgereicht. Der Aufsatz von Regrat Oppenheim widerspricht den Beschlüssen von Stadtverwaltung und Stadtrat, die sich beide für die Verbreiterung der Schillerstrasse unter Aufgabe des Schönbornerhofes ausgesprochen haben.

gez. Dassen

Zurückgereicht

13. 12. 1950

gez. Stein



Abschrift

Der P r e s s e s t e l l e

Gemäss der Anordnung des Herrn Oberbürgermeisters lege ich den beifolgenden Artikel " Schönbornerhof, ja und nein " vor. Ich habe die Absicht ihn an die Allgemeine Zeitung zu senden. Ich bitte um alsbaldige Rückgabe.

Mainz, den 8. Dezember 1950

gez. Oppenheim

Regierungsrat a.D.

Herrn Reg.Rat O p p e n h e i m  
zurückgereicht.

Nachdem durch Stadtratsbeschluss die Verbreiterung des Strassenzugs der Schillerstr. am Schönborner Hof angenommen worden ist, ist es m.E. verwaltungsrechtlich nicht zu vertreten, dass ein Beamter der Stadt sich nachträglich nach gegen diese Entscheidung des Stadtrats wendet und sich in der Öffentlichkeit für die Beibehaltung des Schönbornerhofs ausspricht.

Mainz, 9. 12. 1950

Pressestelle

gez.Dr.Haenlein

I. U.R. Herrn Oberbürgermeister S t e i n  
mit der Bitte um Entscheidung, ob der beifolgende  
Artikel an die Zeitung gegeben werden kann.

II. Wz. 15. 12. 195.

Minz, den 9. Dezember 1950

gez. Oppenheim

Regierungsrat a.D.

Der Pressestelle

Gemäss der Anordnung des Herrn Oberbürgermeisters lege ich den beifolgenden Artikel " Schönbornerhof, ja oder nein " vor. Ich hatte die Absicht ihn an die Allgemeine Zeitung zu senden.

Mainz, den 8. Dezember 1950

Regierungsrat a.D.



## Schönbornerhof - ja oder nein !

von

Michel Oppenheim, Mainz

Die Planung neuer Strassenzüge - ihre Verbreiterung und ihre Umlegung - in einem alten Stadtkörper, dessen Plätze und Strassen organisch entstanden und gewachsen sind, benötigt eingehende Studien. Nur nach sorgfältiger Überlegung von Menschen, die sich von der alten Stadt angesprochen fühlen und die willens sind, den Charakter der Stadt zu wahren, sollte die Lösung dieser schwierigen Aufgabe versucht werden.

Hier soll von der Verbreiterung der Schillerstrasse gesprochen werden. Dieser Frage wurde nicht die erforderliche Bedeutung zugemessen, obwohl man von Anfang an sich darüber klar sein musste, dass in ihrer Beantwortung auch über den Platzcharakter des Schillerplatzes entschieden wird. Man verschrieb sich der einfachsten und bequemsten Lösung. Indem man an die Fluchtlinie von Telehaus und Finanzamt ein Lineal anlegte, diese Linie nach Süden weiterzog, glaubte man den Fall befriedigend gelöst zu haben. Dies umsomehr, da man auf diese Weise das Proviantamt abreißen oder zu<sup>m</sup> mindesten hätte verkürzen können. Ausserdem wäre durch diese neue Fluchtlinie der Schönbornerhof in einer Weise <sup>neu</sup> geschnitten worden, dass- wie die Verteidiger dieses Planes wünschten - er ganz hätte beseitigt werden müssen. Man hätte ohne Bedenken die aufbaufähige Ruine des Schönbornerhofes zu Gunsten der mit dem Lineal gezogenen Baufluchtlinie geopfert.

Der Schönbornerhof erfüllt städtebaulich eine ganz bestimmte Funktion. Er will dem Schillerplatz in der Richtung nach dem Münsterplatz einen gewissen Abschluss geben. Dass diese Wirkung schon bei der Erbauung des Schönbornerhofes bewusst erreicht werden sollte, geht aus der verschiedenen Tiefe der beiden Eckrisalite hervor. Aus welchem Grund wäre sonst der nördliche Risalit weiter nach der Strasse zu vorgebaut worden



wie der südliche ? Er betont den Abschluss des Schillerplatzes. Wird er entfernt, dann verschwindet diese begrenzende Markierung zwischen Platz und Strasse und wir erhalten einen unpersönlichen Strassenzug Schillerplatz/Schillerstrasse. Der neuerdings propagierte Vermittlungsvorschlag " Zurücknahme des nördlichen Risaliten auf die Front oder fast auf die Front des Mittelbaues " ist abzulehnen, da er auf die bisherige wirkungsvolle städtebauliche Funktion des Schönborner Hofes nicht die erforderliche Rücksicht nimmt.

Die Verkehrsfachleute verlangen für jede Verkehrsstrasse eine gewisse Breite. Das ist im allgemeinen berechtigt. Ob aber diese Forderung in allen Fällen und an jedem Punkt einer alten Stadt angebracht ist, darüber kann man verschiedener Meinung sein. So wäre ein kurzer Engpass, indem nicht überholt werden darf und durch den das Tempo der Kraftfahrzeuge eine Einschränkung erfahren müsste im Interesse der Fussgänger, auf die innerhalb der Stadt mehr Rücksicht genommen werden sollte, nicht von der Hand zu weisen.

Aber auch ohne Engpass hätte dieses Problem gelöst werden können. Auf der Ostseite der Schillerstrasse waren die Häuser zerstört. Wenn die Strasse an dieser Stelle ein wenig nach Osten ausgeschwenkt worden wäre, hätte man die gewünschte Strassenbreite erhalten können. Diese Lösung hätte den weiteren Vorteil gehabt, dass die Sicht auf den Erthaler Hof sich verbessert hätte, indem dieser alte Adelshof vorteilhaft in das Blickfeld der Passanten gerückt worden wäre. Diese Änderung der Baufluchtlinie auf der Ostseite wurde seiner Zeit von verschiedenen Seiten vorgeschlagen. Da inzwischen Neubauten an dieser Stelle errichtet werden durften, kann an der Ostseite der Strasse heute nichts mehr geändert werden.

Nachdem einer Rückverlegung der Baufluchtlinie auf der Ostseite die Neubauten an dieser Stelle im Wege stehen, bleibt zur Rettung des Schönborner Hofes und seiner städtebaulichen Funktion - Abgrenzung des Schillerplatzes - nur noch eine Möglichkeit. Und das ist die Verlegung des westlichen Bürgersteiges in einen Durchgang durch den nördlichen



Risaliten des Schönbornerhofes unter gleichzeitiger Einbeziehung des heutigen Bürgersteiges in die Fahrbahn. Die allgemeine Zeitung hat am...<sup>19</sup>...November 1950 bereits auf diese Möglichkeit hingewiesen. Jedem Architekten, dem die Denkmalspflege nicht ein leeres Wort, vielmehr eine wesentliche Verpflichtung bedeutet, wird die Lösung dieser Aufgabe leicht fallen.

In Mainz wurden durch kriegserische Einwirkungen und durch unnötiges Niederreißen in Nachkriegszeiten die wertvollen alten Bauten mehr wie dezimiert. Es ist an der Zeit, dass die geringen noch vorhandenen Reste geschützt und die aufbaufähigen Gebäude wieder hergestellt werden. Zu diesen Gebäuden gehört auch der Schönbornerhof.

*Schönbornerhof - in der Linie!*  
*sonne*  
*Michel Oppenheim, Mainz*

32

Die Planung neuer Strassenzüge - ihre Verbreiterung und ihre Umlegung - in einem alten Stadtkörper, dessen Plätze und Strassen organisch entstanden und gewachsen sind, benötigt eingehende Studien. Nur nach sorgfältiger Überlegung von Menschen, die sich von der alten Stadt angesprochen fühlen und die willens sind, den Charakter der Stadt zu wahren, sollte die Lösung dieser schwierigen Aufgabe <sup>versucht</sup> ~~gelöst~~ werden.

Hier soll von der Verbreiterung der Schillerstrasse gesprochen werden. Dieser Frage wurde nicht die erforderliche Bedeutung zugemessen, obwohl man von Anfang an sich darüber klar sein musste, dass in Ihrer Beantwortung auch über den Platzcharakter des Schillerplatzes entschieden wird. Man verschrieb sich der einfachsten und bequemsten Lösung. Indem man an die Fluchtlinie von Telehaus und Finanzamt ein Lineal anlegte, diese Linie nach Süden weiterzog, glaubte man den Fall befriedigend gelöst zu haben. Dies umsomehr, da man auf diese Weise das Proviantamt abreisen oder zu mindesten hätte verkürzen können. Ausserdem wäre durch diese neue Fluchtlinie <sup>et</sup> ~~daz~~ Schönbornerhof in einer Weise angeschnitten worden, dass - wie die Verteidiger dieses Planes wünschten - er ganz hätte beseitigt werden müssen. Man hätte ohne Bedenken die aufbaufähige Ruine des Schönbornerhofes zu Gunsten der mit dem Lineal gezogenen Baufluchtlinie geopfert.



Der Schönbornerhof erfüllt städtebaulich eine ganz bestimmte Funktion. Er will dem Schillerplatz in der Richtung nach dem Münsterplatz einen gewissen Abschluss geben. Dass diese Wirkung schon bei der Erbauung des Schönbornerhofes bewusst erreicht werden sollte, geht aus der verschiedenen Tiefe der beiden Eckrisalite hervor. Aus welchem Grund wäre sonst der nördliche Risalit weiter nach der Strasse zu vorgebaut worden wie der südliche? Er betont den Abschluss des Schillerplatzes. Wird er entfernt, dann verschwindet diese begrenzende Markierung zwischen Platz und Strasse und wir erhalten einen unpersönlichen Strassenzug Schillerplatz/Schillerstrasse. Der neuerdings propagierte Vermittlungsvorschlag "Zurücknahme des nördlichen Risaliten auf die Front oder fast auf die Front des Mittelbaus" ist abzulehnen, da er auf die bisherige wirkungsvolle städtebauliche Funktion des Schönborner Hofes nicht die erforderliche Rücksicht nimmt.

Die Verkehrsfachleute verlangen für jede Verkehrsstrasse eine gewisse Breite. Das ist im allgemeinen berechtigt. Ob aber diese Forderung in allen Fällen und an jedem Punkt einer alten Stadt angebracht ist, darüber kann man verschiedener Meinung sein. So wäre ein kurzer Engpass, indem nicht überholt werden darf und durch den das Tempo der Kraftfahrzeuge eine Einschränkung erfahren müsste im Interesse der Fussgänger, auf die innerhalb der Stadt mehr Rücksicht genommen werden sollte, nicht von der Hand zu weisen.

Aber auch ohne Engpass hätte dieses Problem gelöst werden können. Auf der Ostseite der Schillerstrasse waren die Häuser zerstört. Wenn die Strasse an dieser Stelle ein wenig nach Osten ausgeschwenkt worden wäre, hätte man die gewünschte Strassenbreite erhalten können. Diese Lösung hätte den weiteren Vorteil gehabt, dass die Sicht auf den Erthaler Hof sich verbessert hätte, indem dieser alte Adelshof vorteilhaft in das Blickfeld der Passanten gerückt worden wäre. Diese Änderung der Baufluchtlinie auf der Ostseite wurde seiner Zeit von verschiedenen Seiten vorgeschlagen. Da inzwischen Neubauten an dieser Stelle errichtet werden dürften, kann an der Ostseite der Strasse heute nichts mehr geändert werden.

Nachdem einer Rückverlegung der Baufluchtlinie auf der Ostseite die Neubauten an dieser Stelle im Wege stehen, bleibt zur Rettung des Schönborner Hofes und seiner städtebaulichen Funktion - Abgrenzung des Schillerplatzes - nur noch eine Möglichkeit. Und das ist die Verlegung des westlichen Bürgersteiges in einen Durchgang durch den nördlichen Risaliten des Schönborner Hofes unter gleichzeitiger Einbeziehung des heutigen Bürgersteiges in die Fahrbahn. Die allgemeine Zeitung hat am .....Nov. 1950 bereits auf diese Möglichkeit hingewiesen. Jedem Architekten, dem die Denkmalspflege nicht ein leeres Wort, vielmehr eine wesentliche Verpflichtung bedeutet, wird die Lösung dieser Aufgabe leicht fallen.

*In Mainz werden auf hiesigen Grundstücken und  
dem umliegenden Hinterhof in Kaufmännischen bei merkwürdigen  
alten Häusern mehr und mehr begonnen. Es ist um diese Zeit, daß  
die umliegenden auf merkwürdigen Weise gefügt sind in unbedeutenden  
Gebäude wieder hergestellt werden. In diesen Gebäuden gefügt  
sind die alten Häuser.*



Der Oberbürgermeister  
der Stadt Mainz

Mainz, den 11. Dezember 1950

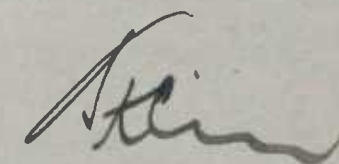
Aktz.: A 23 17 09

Herrn

Reg. Rat Oppenheim

- im Hause -

Durch eine Veranstaltung des Wiesbadener Orchesters ist es Herrn Generalmusikdirektor Zwißler nicht möglich, die für Freitagnachmittag vorgesehene Generalprobe durchzuführen. Da die Kräfte des Wiesbadener Orchesters nur am Freitagvormittag greifbar sind, müßte die Generalprobe vormittags stattfinden. Ich bitte, die von Ihnen für den Vormittag festgelegte Weihnachtsfeier auf nachmittags zu verschieben und halte dies auch rein stimmungsmäßig gesehen für besser, da eine Weihnachtsfeier am Nachmittag wirkungsvoller ist. Soweit mir bekannt, bestehen von Seiten des Lehrpersonals der Schulen gegen eine Verlegung der Weihnachtsfeier auf den Nachmittag keine Bedenken.



Nachdem Herr Oberbürgermeister mir mitgeteilt hat, dass der Stadt über 300,--DM Kosten entstanden würden, wenn die Generalprobe am Samstag stattfinden müsste, habe ich mich bereit erklärt, die Weihnachtsbescherung der "Weltfreundschaft der Jugend" auf Mittags 2 Uhr zu verlegen.

Als ich Herrn Zwissler dies mitteilte, hat er es nicht für nötig gefunden mir zu danken.

Als ich ihn bat die Probe etwas früher anfangen zu lassen, damit der Saal bestimmt um 12 Uhr frei sei, hörte ich nur ein nein.

Mainz, den 18. Dezember 1950

Mainz, den 2. Mai 1949

Herrn

Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Zu Ihrer Frage betreffend Zusammentreffen des Mainzer Weinmarktes mit der 200jährigen Feier von Goethes Geburtstag, erlaube ich mir, nachstehende Bemerkungen:

1. Die 500 Personen, die an einer akademischen Feier in der Aula oder die 300 Personen, die an einer Veranstaltung im Stadthaus teilnehmen, werden während dieser Feier und Abendveranstaltung auf dem Weinmarkt nicht fehlen. Andererseits wird die Veranstaltung des Weinmarktes für die Personen, die Goethes Geburtstag feiern wollen, kein Hinderungsgrund sein, an einer derartigen Feier teilzunehmen.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, werden Weinmarkt und Goethefeier sich nicht im Wege stehen.

2. Weite Kreise werden nicht verstehen, dass man den Weinmarkt mit Goethes Geburtstag zusammenfallen lässt. Insbesondere fürchte ich, dass die auswärtige Presse die Tatsache, dass der diesjährige Weinmarkt an Goethes Geburtstag stattfindet, gegen die Stadt Mainz auswerten wird.

Während vieler Monate wird wiederholt auf die Feier des 28. August hingewiesen. Auch die Herren des Verkehrsvereins müssen davon gelesen haben. Es ist daher unverständlich, dass der Termin für den Weinmarkt, wie geschehen, festgelegt wurde.

Da, wie ich erst von Ihnen erfahren habe, wegen einer gleichzeitigen Ausstellung, bereits Verträge von Seiten des Verkehrsvereins abgeschlossen worden sind, wird es schwer sein, den Verkehrsverein zu einer Abänderung des vorgesehenen Termins für den Weinmarkt zu bestimmen. Zu mindest müsste aber der Vorstand des Verkehrsvereins auf die für die Stadt möglicherweise abträglichen Folgen aufmerksam gemacht werden.



Die Interessen des Verkehrsvereins sollten sich eigentlich mit den Interessen der Stadt decken.

3. Wenn die Stadt die Verlegung des Weinmarktes betreibt, ist sie erst recht verpflichtet den 28. August in würdiger Weise zu begehen.
4. Eine offizielle Verbindung von Weinmarkt und Goethefeier halte ich nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht für angebracht.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Aktz.:

Betr.: Goethefeier

I. Vermerk

Mehrfache Versuche den Rektor zu sprechen mislingen in den letzten Tagen. Zur Zeit befindet er sich auf der Rektorenkonferenz in München. Er soll Donnerstag, den 28. April zurückkehren.

II. Wvl. 29. 4. 1949

(Rücksprache mit Seiner Magnifizenz, gemeinsame Goethefeier von Universität und Stadt am 28. August 1949).

Mainz, den 23. April 1949

Mainz, den 24. März 1949

Herrn

Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

Am 28. August 1949 jährt sich Goethes Geburtstag zum 200. mal. Alle Städte rüsten zu Feiern. Die Stadt Mainz darf nicht abseits stehen.

Ich mache folgende Vorschläge:

1. Die offizielle Feier findet gemeinsam mit der Universität statt. Diese Feier besteht nur aus einem Festvortrag mit künstlerischer Rahmung.

Wenn gewünscht, kann abends eine Festvorstellung im Theater stattfinden (die regelmässigen Theatervorstellungen fangen eigentlich erst im September an. Im August ist Probenarbeit. Trotzdem könnte am 28. August eine Vorstellung durchgeführt werden) oder ein Liederabend mit Texten von Goethe. Oder Theater und Liederabend am 27. und 28. August.

2. Da der 28. August auf einen Sonntag fällt, wird in der vorhergehenden Woche in jeder Schule auf die Bedeutung Goethes in besonderen Veranstaltungen hingewiesen. Den einzelnen Schulen soll die Gestaltung überlassen bleiben. Den Schüler und Schülerinnen der oberen Klassen wird der Aufsatz "Goethe und Mainz", der im "Mainzer Kalender 49" erschienen ist, kostenlos abgegeben. Die Herstellungskosten für diesen Druck betragen bei der Herstellung von 10 000 Stück mit Umschlag bei Drahtheftung 931,45 DM, bei Fadenheftung 1 381,40 DM.

3. Die Stadt errichtet eine Goethestiftung zu Gunsten der Schauspieler und Schauspielerinnen des Städtischen Theaters. Diese Stiftung soll alljährlich mit 3000.— DM bedacht werden. In jedem Jahr sollen in Not (durch Krankheit oder durch andere Gründe) geratene Schauspieler oder Schauspielerinnen, die dem Verband des Städtischen Theaters in Mainz angehören oder angehört haben und in Mainz wohnen, einen Betrag von 600.—DM erhalten. Der Betrag kann nach Wunsch in einer Summe oder in Raten ausgezahlt werden.

Die Verteilung erfolgt durch den Herrn Oberbürgermeister nach Anhörung des Stiftungskuratoriums. Durch Zuwendungen kann ein Stiftungskapital geschaffen werden, von dessen Zinsen Beträge von 600.—DM je Jahr wie vorstehend



verliehen werden. Über die Zusammensetzung des Kuratoriums und über weitere Einzelheiten ergeht eine Ausführungsverordnung. Die Mitglieder des Theaters haben sich bereit erklärt, durch besondere Veranstaltungen der Stiftung Mittel zuzuführen.

Statt 3 000,—DM könnten auch 1 200,—DM oder 1 800,—DM je Jahr zur Verfügung gestellt werden. Es werden dann statt 5 nur 2 oder 3 Personen im Jahr bedacht werden.

Bilig ist die Entscheidung wegen des Sonderdruckes, da die Lettern anderweit benötigt werden.

II. Wvl. 1. 4. 1949

Mainz, den 24. März 1949  
- Kulturdirektorat -

# Kosten - V o r a n s c h l a g

Betr. Sonderdruck aus dem Mainzer Kalender 1949  
"Goethe und Mainz"

Auflage	<u>O h n e U m s c h l a g</u>		<u>M i t U m s c h l a g</u>		
	Ungebunden	Drahtheftung	Fadenheftung	Drahtheftung	Fadenh.
1000	83.--	98.--	143.--	119.15	164.15
5000	327.20	402.20	627.20	479.85	704.85
6000	387.98	477.98	747.98	569.74	839.74
7000	450.80	555.80	870.80	661.68	976.68
8000	511.60	631.60	991.60	751.60	1111.60
9000	571.40	706.40	1111.40	840.52	1245.52
10000	633.20	783.20	1233.20	931.45	1381.45

Mainz, den 26. März 1949

Faktor der Mainzer Presse



Mainz, den 24. März 1949

Herrn

Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

Am 28. August 1949 jährt sich Goethes Geburtstag zum 200. mal. Alle Städte rüsten zu ~~großen~~ Feiern. Die Stadt Mainz darf nicht abseits stehen.

Ich mache folgende Vorschläge:

1. Die offizielle Feier findet gemeinsam mit der Universität statt. Diese Feier besteht nur aus einem Festvortrag mit künstlerischer Rahmung.

Wenn gewünscht, kann abends eine Festvorstellung im Theater stattfinden, (Die regelmäßigen Theater- vorstellungen fangen eigentlich erst im September an. Im August ist Probenarbeit. Trotzdem könnte am 28. August eine Vorstellung <sup>hinzugetreten werden</sup>) oder ein Lieder- abend mit Texten von Goethe. Oder Theater und Lieder- abend am 27. und 28. August.

2. Da der 28. August auf einen Sonntag fällt, wird in der vorhergehenden Woche in jeder Schule auf die Bedeutung Goethes hingewiesen. Den einzelnen Schulen soll die Gestaltung überlassen bleiben. Den Schüler und Schülerinnen der oberen Klassen wird der Aufsatz "Goethe und Mainz", der im "Mainzer Kalender 49" erschienen ist, kostenlos abgegeben. Die Herstellungskosten für diesen Druck betragen etwa.....

3. ~~Weiter mache ich folgenden Alternati-Vorschlag.~~

a) Die Stadt Mainz errichtet eine Goethestiftung zu Gunsten der Schauspieler und Schauspielerinnen des Städtischen Theaters. Diese Stiftung soll alljährlich

*in dieser Beziehung  
keine Stellungnahme*

*(ist durch den  
Bürgermeister)*



Aktz.:

# STADT MAINZ

## AKTEN

betreffend:

*Blumhagenstrasse Stein*

mit 3000,—DM bedacht werden. In jedem Jahr sollen in Not (durch Krankheit oder durch andere Gründe) geratene Schauspieler oder Schauspielerinnen, die dem Verband des städtischen Theaters in Mainz angehören oder angehört haben und in Mainz wohnen, einen Betrag von 600,—DM erhalten. Der Betrag kann nach Wunsch in einer Summe oder in Raten ausbezahlt werden.

Die Verteilung erfolgt durch den Herrn Oberbürgermeister nach Anhörung des Stiftungskuratoriums. Über die Zusammensetzung des Kuratoriums ergoht eine Ausführungsverordnung. ~~oder~~

- b) Die Stadt Mainz stiftet ein Goethe-Stipendium. Die Stipendiaten müssen aus dem Kreise der Arbeiterschaft ~~stammen~~, <sup>— & Disziplinar</sup> der philosophischen oder der naturwissenschaftlichen Fakultät ~~— gehören~~. Das Stipendium wird immer für zwei Semester verliehen. Verleihung und ihre Bedingungen wie beim Gutenberg-Stipendium. Für dieses Stipendium wären im Semester je Stipendiat 1 000,—DM im Jahr also 2000,—DM aufzubringen. Wenn das Stipendium an mehrere Studierende verliehen werden soll, wäre es entsprechend zu vervielfachen.

Es ist mir nicht bekannt, ob derartige Stipendien schon bestehen. Für Mainz wäre es jedenfalls etwas Neues.

Bilig ~~—~~ die Entscheidung wegen des Sonderdruckes, da die Lettern anderweit benötigt werden.

*Für die Annehmungen beim im Hofstap-Hospital  
gepflegten Kranken, welche für die Einkünfte von  
14.600,— je Jahr ein ausreichendes Einkommen darstellen.*

*Die Mitglieder des Hauptausschusses sind bereits aufgeführt, die in der  
Liste befindlichen Vorschläge für die Mittel zugestimmt.  
Hoch 11.3000.— können mit 11.1200.— oder 11.1800.— je Jahr  
ausgeführt werden. Es können auch noch 5 oder 2 oder 3 Personen  
in die Liste aufgenommen werden.*



14. 11. 1950

Herrn

Oberbürgermeister S t e i n  
M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Für Ihre freundliche Absicht, die kleine  
von mir gestiftete Sammlung Höchster  
Porzellane in der Vorhalle des Stadthauses  
vorübergehend zur Ausstellung zu bringen,  
danke ich verbindlichst. Mit Rücksicht  
darauf, dass alle Gegenstände sehr zer-  
brechlich sind, bitte ich von einer  
Ausstellung absehen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
bin ich  
Ihr sehr ergebener



Nadelabweichung für Mitte 1936  
für die Mitte des belgischen Gebietes beträgt die  
Nadelabweichung gegen das Gauß-Krüger-Gitternetz  
rund - 7,8° westlich = - 138 westlich.  
für die Mitte des luxemburgischen Gebietes beträgt die  
Nadelabweichung gegen das Gauß-Krüger-Gitternetz  
rund - 8° westlich = - 142 westlich.



Die belgischen und luxemburgischen Gebietsteile  
enthalten das Gauß-Krüger-Gitternetz in Linien  
von 5 km (5 cm) Abstand.

Planzeiger für Belgien u. Luxemburg.  
Zum Ablesen ist die waagerechte Teilung so an eine  
waagerechte Gitterlinie zu legen, daß die senkrechte  
Teilung den zu bezeichnenden Kartenpunkt berührt. Dann  
ist an der waagerechten Teilung bei der nächsten linken  
senkrechten Gitterlinie der „Rechts“-Wert und an der  
senkrechten Teilung der „Hoch“-Wert abzulesen.  
Der Rechtswert ist stets zuerst zu nennen. Die Punkt-  
angabe erfolgt in Metern. Nicht ablesbare Werte sind bis  
zur Angabe des vollen Meters durch Nullen zu ersetzen.  
Beispiel: Punkt P liegt in Metern:  
„Rechts“ 45 25 000 + 2200 = 47 200 (kurz: 27 200  
„Hoch“ 57 95 000 + 1400 = 58 300 (kurz: 96 400  
\* Kennziffer des Meridianstreifens

57 95	25
45 20	25

Von den belgischen Höhenangaben sind zur Angleichung an  
das deutsche „Normal-Null“ = N. N. 2,40 m abzuziehen.



STEIN

Oberbürgermeister der Stadt Mainz



MAINZ 6. 11. 1950  
Stadthaus

Herrn

Regierungsrat a.D.  
Michel Oppenheim

Mainz

Sehr geehrter Herr Regierungsrat!

Ihren Zeilen vom 4. ds. Mts. habe ich entnommen, dass Ihr Vater, der Herr Geheime Justizrat Dr. Ludwig Oppenheim, am 4. 11. 1850 in Mainz geboren wurde und Sie aus diesem Anlass heraus dem Altertumsmuseum der Stadt Mainz 16 Gegenstände aus einer Sammlung Höchster Porzellane als Stiftung zur Verfügung gestellt haben. Die damit verbundene Auflage, sie als eine Stiftung zur Erinnerung an Ihren Herrn Vater zu bezeichnen, wird sehr gerne erfüllt. Nehmen Sie im Namen der Stadtverwaltung und im eigenen Namen den herzlichsten Dank entgegen.

Wenn es Ihnen recht ist, bin ich gerne bereit, diese Sammlung auch in der Vorhalle des Stadthauses vorübergehend zur Ausstellung zu bringen, um sie einem grösseren Bevölkerungskreis zur Ansicht zu geben.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

bin ich Ihr

Oberbürgermeister.

Abschrift

Michel O p p e n h e i m  
Regierungsrat a.D.

Mainz, 4. November 1950  
Am Stiftswingert 19

Herrn Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Heute am 4. November sind es 100 Jahre her, dass mein Vater, der Geheime Justizrat Dr. Ludwig Oppenheim in Mainz geboren wurde.

Mein Vater erkannte schon in jungen Jahren die Schönheit deutscher Porzellane des 18. Jahrhunderts und gehörte zu den Ersten, denen die Erzeugnisse der Kurfürstlich Mainzischen Porzellan-Manufaktur in Höchst sammelnswert erschienen.

Zu seiner Erinnerung erlaube ich mir dem Altertumsmuseum der Stadt Mainz die in beifolgender Liste aufgeführten 16 Gegenstände zu überweisen. Sie wurden provisorisch in einer kleinen Vitrine im Depot der Gemäldegalerie aufgestellt.

Mit dieser Stiftung verbinde ich die Bitte, dass die betreffenden Gegenstände als " Stiftung zur Erinnerung an..... geb. 4. Nov.1850, gest. 1. März 1916" bezeichnet werden, dass aber die Nennung meines Namens zu meinen Lebzeiten unterbleibt.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
bin ich  
Ihr sehr ergebener

gez. Michel Oppenheim

1 Anl.



Abschrift

Michel O p p e n h e i m

Reg.Rat a.D.

Mainz,

Am Stiftswingert 19

Anlage zum Schreiben vom 4. Nov. 1950

- 1.2. Zwei Flußgötter, Gegenstücke, Höchst, weiss
3. Knabe mit Vogelnest im Hut, Höchst, fbg.
4. desgl. " weiss
5. " Damm fbg.
6. " " weiss
7. " Berlin, weiss
8. Leuchter, Höchst, fbg.
9. Bourdalon, Höchst, fbg.
10. kl.ovale Platte, Höchst, fbg.
- 11.12. Zwei Tassen mit Untertassen. Höchst, fbg.
- 13.14. Zwei Teller, Höchst, fbg.
15. Teller, Höchst, fbg.
16. kl.Kännchen, Höchst. Purpurmalerei

Die für den Katalog erforderlichen Angaben werde ich dem Museum noch zur Verfügung stellen.

bschrift

Michel O p p e n h e i m  
Regierungsrat a.D.

Mainz, 4. November 1950  
Am Stiftswingert 19

Herrn Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Heute am 4. November sind es 100 Jahre her, dass mein Vater, der Geheime Justizrat Dr. Ludwig Oppenheim in Mainz geboren wurde.

Mein Vater erkannte schon in jungen Jahren die Schönheit deutscher Porzellane des 18. Jahrhunderts und gehörte zu den Ersten, denen die Erzeugnisse der Kurfürstlich Mainzischen Porzellan-Manufaktur in Höchst sammelnswert erschienen.

Zu seiner Erinnerung erlaube ich mir dem Altertumsmuseum der Stadt Mainz die in beifolgender Liste aufgeführten 16 Gegenstände zu überweisen. Sie wurden provisorisch in einer kleinen Vitrine im Depot der Gemäldegalerie aufgestellt.

Mit dieser Stiftung verbinde ich die Bitte, dass die betreffenden Gegenstände als " Stiftung zur Erinnerung an..... geb. 4. Nov.1850, gest. 1. März 1916" bezeichnet werden, dass aber die Nennung meines Namens zu meinen Lebzeiten unterbleibt.

1 Anl.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
bin ich  
Ihr sehr ergebener

gez. Michel Oppenheim



Abschrift

Michel Oppenheim  
Reg.Rat a.D.

Mainz,  
Am Stiftswingert 19

Anlage zum Schreiben vom 4. Nov. 1950

- 1.2. Zwei Flußgötter, Gegenstücke, Höchst, weiss
3. Knabe mit Vogelnest im Hut, Höchst, fbg.
4. desgl. " weiss
5. " Damm fbg.
6. " " weiss
7. " Berlin, weiss
8. Leuchter, Höchst, fbg.
9. Bourdalon, Höchst, fbg.
10. kl.ovale Platte, Höchst, fbg.
- 11.12. Zwei Tassen mit Untertassen. Höchst, fbg.
- 13.14. Zwei Teller, Höchst, fbg.
15. Teller, Höchst, fbg.
16. kl.Kännchen, Höchst. Purpurmalerei

Die für den Katalog erforderlichen Angaben werde ich dem  
Museum noch zur Verfügung stellen.

Mainz, den 4. November 1950

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Heute am 4. November sind es 100 Jahre her, dass mein Vater, der Geheime Justizrat Dr. Ludwig Oppenheim in Mainz geboren wurde.

Mein Vater erkannte schon in jungen Jahren die Schönheit deutscher Porzellane des 18. Jahrhunderts und gehörte zu den Ersten, ~~die bereits im 19. Jahrhundert~~ <sup>denen</sup> die Erzeugnisse der Kurfürstlich Mainzischen Porzellan-Manufaktur in Höchst ~~sammelten~~ <sup>immensal wertvoll sammelten</sup>.

Zu seiner Erinnerung erlaube ich mir dem Mainzer Altertumsmuseum die in beifolgender Liste aufgeführten 16 Gegenstände zu überweisen. Sie wurden provisorisch in einer kleinen Vitrine im Depot der Gemäldegalerie aufgestellt. ~~Wissen mit allen Angelegenheiten des Museums wurde in der Vitrine aufbewahrt.~~

Mit dieser Stiftung verbinde ich die Bitte, dass die betreffenden Gegenstände ~~in der Vitrine~~ als "Stiftung zu Erinnerung an.....geb-4-Nov.1850, gest. 1. März 1916 " bezeichnet werden, dass aber die Nennung meines Namens zu meinen Lebzeiten unterbleibt.

Mit herzlichsten Grüßen  
bin ich  
Ihr sehr angelegener

1. Auflage





Michel O p p e n h e i m

Reg.Rat a.D.

Mainz, den 13. Oktober 1950  
Am Stiftswingert 19

Herrn

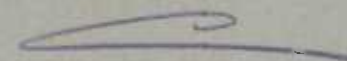
Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

Am Tag an dem ich in Urlaub fuhr erhielt ich noch die  
beiliegende Liquidation von Dentist Zawar über ein  
komplettes Gebiss (Oberstück und Unterstück). Wenn ich  
diese Rechnung einige Wochen vorher erhalten hätte, wäre  
ich wahrscheinlich nicht weggefahren.

Da ich heute noch auf Möbelanschaffungen Beträge schuldig bin,  
erlaube ich mir die Anfrage, ob mir aus den für derartige  
Zwecke zur Verfügung stehenden Mitteln ein Betrag zur  
Begleichung der Rechnung Zawar gegeben werden kann.  
Ich erlaube mir hierbei zu bemerken, dass ich für derartige  
Zwecke noch nie eine staatliche oder kommunale Kasse in  
Anspruch genommen habe.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
bin ich  
Ihr sehr ergebener







Der Oberbürgermeister der Stadt Mainz

Der Oberbürgermeister der Stadt Mainz

Fernruf: Nr. 221 und 321

Herrn

Oberrechtsrat

Michel Oppenheim

- im Hause -

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Aktenzeichen

Mainz, den

E 12 10

2. August 1950

Bei Antwort bitte angeben

Betreff:

Das Ministerium für Inneres und Wirtschaft hat unterm 21.7.1950 verfügt, daß in Anerkennung der von der Stadtverwaltung vorgetragenen Gründe Ihre Ruhestandsversetzung gemäß § 76 des Beamtengesetzes ausnahmsweise hinausgeschoben wird und daß sie erst mit der Vollendung des 66. Lebensjahres erfolgt. Ich bitte Sie, von der Entscheidung der Regierung entsprechende Vormerkung zu nehmen.

*Hein*

Abschrift

Der Oberbürgermeister  
der Stadt Mainz

Mainz, den 27. Juli 1950

Aktz.: A 84 30 01

An das

Rechnungsprüfungsamt

M a i n z

Betr.: Mainzer Kalender 1949/50

Den beiden Herren des Rechnungsprüfungsamts, die dieserhalb bei mir anfragten, habe ich vor etwa 1/2 Jahr jede gewünschte Auskunft gegeben, die sie haben wollten.

Ich kann nur wiederholen:

Der Mainzer Kalender wurde seiner Zeit gedruckt als Visitenkarte für die Gutenbergstadt. Er sollte hauptsächlich dazu dienen, Auswärtigen eine kleine Erinnerung zu schenken an die Stadt, in der Gutenberg gelebt und gewirkt hat. Aus diesem Grunde wurde besonderer Wert auf guten Druck und gute Ausstattung gelegt. Eine Verkaufsabsicht war wohl vorhanden, sie war aber nicht bestimmend oder vorherrschend.

Von den Exemplaren der Mainzer Kalender die alljährlich dem Kulturdezernat überlassen wurden - es mögen alljährlich etwa 200 Stück gewesen sein -, wurden auch an Herrn Oberbürgermeister Dr. Kraus und an Herrn Oberbürgermeister Stein auf Wunsch Exemplare für Repräsentationszwecke abgegeben.

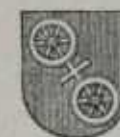
Von dem laufenden Jahrgang wurden von mir nur über vereinzelte Exemplare verfügt. In jedem dieser Einzelfälle lag eine Genehmigung des Herrn Oberbürgermeisters vor oder es wurde ein Bedarfszettel ausgefüllt.

Im Auftrag:

gez. Oppenheim

Regierungsrat a.D.





Der Oberbürgermeister der Stadt Mainz

Der Oberbürgermeister der Stadt Mainz

Fernruf Nr. 321

Herrn

Regierungsrat a.D.  
O p p e n h e i m

M a i n z  
Stadthaus

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Aktenzeichen

Mainz, den

Bei Antwort bitte angeben

9. Juni 1950

Betreff:

Sehr geehrter Herr Regierungsrat !

Zur Sitzung des Verwaltungsrats der Johannes-  
Gutenbergstiftung am Freitag, 16. Juni 1950,  
vormittags 10,00 Uhr, beehre ich mich, Sie  
höflichst einzuladen.

T a g e s o r d n u n g :

Verteilung der Stipendien für das Winter-  
semester 1950/51 und das Sommersemester 1951.  
Die Sitzung findet im Senatssaal der  
Universität statt.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

*Stein*  
Oberbürgermeister

Rechnungsprüfungsamt

R 321

Betr.: Mainzer Kalender 1949/50

An das

Kulturdezernat

Wir nehmen Bezug auf unser Schreiben vom 1.3.1950, mit dem die Niederschriften über die Prüfung des Mainzer Kalenders der Jahrgänge 1949 und 1950 übersandt worden sind. Für 1949 ist noch eine prüfungsfähige Abrechnung vorzulegen. Es wird um Erledigung bis spätestens 1.6.1950 bzw. um Mitteilung der Gründe gebeten, die der Erledigung entgegenstehen.

Mainz, den 13. Mai 1950

Rechnungsprüfungsamt :

gez. Schmitt



Michel Oppenheim  
Reg.Rat a.D.

Mainz, den 4. Juli 1950

Herrn

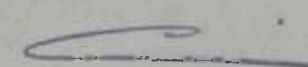
Oberbürgermeister  
S t e i n

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Anfang März war ich dienstlich in  
Ulm. Bis heute habe ich die Reise-  
kosten noch nicht ersetzt erhalten,  
obwohl ich Sie vor einigen Wochen  
um die Erledigung gebeten habe.  
Ich bitte heute wiederholt um Er-  
ledigung, da ich das Geld benötige.

Hochachtungsvoll!



An den

Herrn Oberbürgermeister  
der Stadt Mainz

M a i n z  
- - - - -

26.5.50  
Fied/Jö

Betr. Herrn Regierungsrat Oppenheim.  
- - - - -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Mit dem Stifterabend ehrte nicht nur das Kunstgeschichtliche Institut der Johannes Gutenberg Universität, sondern die ganze Stadt Mainz den 65. Geburtstag des verehrten Herrn Regierungsrat Oppenheim.

Herr Regierungsrat Oppenheim spielte bereits lange Jahre vor der Machtergreifung des 3. Reiches 1933 eine allgemein anerkannte und beachtliche Rolle im Kulturleben der Gutenbergstadt und weit über die Stadtmauern hinaus. Die Verfolgungen, Erniedrigungen, Entrechtungen und Bedrohungen denen Herr Regierungsrat Oppenheim mit seiner verehrten Frau während der Knechtung des Naziregimes ausgesetzt waren, kann kaum nachempfunden werden. Ja, es ist geradezu als ein Wunder zu betrachten, dass Herr Oppenheim nach dem Einmarsch der Amerikaner noch am Leben war. In Herrn Regierungsrat Oppenheim vereinigt sich die alte Kultur, die er durch seine Person aus einer vergangenen Zeit in die unsrige überträgt und überrettet. Als Porzellansammler genießt er internationalen Ruf. Das Lehrerkollegium der Staatlichen Kunstschule bittet Sie inständigst, Herrn Regierungsrat Oppenheim mit der Vollendung seines 65. Lebensjahres, das er in voller geistiger und körperlicher Frische beging, nicht in den Ruhestand zu versetzen, sondern seine wertvolle Mitarbeit dem kulturellen Leben der Stadt Mainz noch einige Jahre zu erhalten. Seine reichen Erfahrungen und Erkenntnisse sind in jeder Kulturstelle fördernd. Auch im Hinblick auf eine berechnete Wiedergutmachung bitten wir Sie höflichst und dringendst, die Mitarbeit von Herrn Regierungsrat Oppenheim dem kulturellen Leben der Stadt Mainz zu erhalten.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Der Lehrkörper der Staatlichen Kunstschule

Fi



Michel Oppenheim  
Reg.Rat a.D.

Mainz, den 19. Mai 1950

Herrn

Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Am 4. März nahm ich an einer Sitzung in  
Ulm betreffend Weltfreundschaftsbund der  
Kinder teil. Die einige Tage später ein-  
gereichte Reisekostenrechnung über Tage-  
gelder und Übernachtungsgeld ist bis  
heute nicht vergütet worden. Nach einer  
Wartezeit von zwei Monaten glaube ich  
berechtigt zu sein, Sie zu bitten, die  
Auszahlung zu veranlassen.

Hochachtungsvoll!



DER OBERBÜRGERMEISTER DER STADT MAINZ

Mainz, den 11. Mai 1950  
15.5.

Herrn

Oberrechtsrat Oppenheim

im Hause.

=====

Sehr geehrter Herr Oppenheim!

In seiner Sitzung vom 8.5.1950 befasste sich der Personalausschuss mit meinem Antrag, Sie, Herr Oberrechtsrat, nach Ihrer Ruhestandsversetzung ein Jahr weiterbeschäftigen zu können. Die Verwaltungskonferenz hatte bekanntlich ebenfalls eine solche Regelung befürwortet.

Trotz der vorgetragenen Gründe konnte sich der Personalausschuss aus grundsätzlichen Erwägungen heraus leider nicht mit meinem Vorschlag einverstanden erklären. Zu meinem Bedauern muß daher die Ruhestandsversetzung doch zum 31. Mai 1950 in Kraft treten.

Nur schweren Herzens gebe ich Ihnen von diesem Beschluß Kenntnis, da ich weiß, wie sehr Sie mit der Ihnen lieb gewordenen Tätigkeit verwachsen sind. Ich werde eine besondere Gelegenheit wahrnehmen, in ehrender Weise Ihrer Verdienste zu gedenken.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Oberbürgermeister.



Michel Oppenheim  
Reg.Rat a.D.

Mainz, den 8. Mai 1950

Herrn

Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

*Empf. g. p. l. f. m. Ob. b. i. g. - R.*

Wenige Stunden vor meiner Abreise erhielt ich Ihre Verfügung vom 5. April ds.Js. Es war mir nicht mehr möglich, sie damals zu beantworten. Für die im zweiten Absatz zum Ausdruck gebrachte Absicht, meine Weiterbeschäftigung für ein Jahr bei den städtischen Körperschaften zu beantragen, danke ich verbindlichst.

Nicht klar ist mir aber der Inhalt des ersten Absatzes. Bei der Unterredung etwa am 18. März hatte ich verstanden, dass Sie mein Schreiben vom 18. 2. befürwortend der Landesregierung vorgelegt haben. Sie werden mein Erstaunen verstehen, das ich über den Inhalt des ersten Absatzes der genannten Verfügung haben muss. Geht doch aus diesem Absatz hervor, dass die Stadt nicht gewillt ist, eine Verschiebung meiner Pensionierung bei der Landesregierung zu beantragen. Ich bedaure dies.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
bis ich  
Ihr sehr ergebener



## Der Oberbürgermeister der Stadt Mainz

Der Oberbürgermeister der Stadt Mainz

Fernruf Nr. 321

Herrn

Oberrechtsrat Michael Oppenheim

- im Hause -

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Aktenzeichen

Mainz, den

E 12 10  
Bei Antwort bitte angeben

5. Mai 1950

8.5.

Betreff:

Sehr geehrter Herr Oppenheim !

Ich nehme Bezug auf mein Schreiben vom 5.4.1950 in dem ich Ihnen mitteilte, dass für die Hinausschiebung der Altersgrenze eines Beamten die Zustimmung der Landesregierung erforderlich ist und dass ich im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse bei den städt. Körperschaften beantragt habe, sich mit Ihrer Weiterbeschäftigung nach erfolgter Ruhestandsversetzung auf die Dauer von 1 Jahr einverstanden zu erklären. Dessen ungeachtet ist jedoch Ihre Zurruesetzung von Amtswegen mit Erreichung der Altersgrenze durchzuführen. Da Sie mit Vollendung Ihres 65. Lebensjahres am 19.5.1950 die gesetzliche Altersgrenze erreichen, versetze ich Sie hiermit gemäss § 69 des Beamtengesetzes mit Wirkung vom 1.6.1950 ab in den Ruhestand. Über die Höhe



der Ihnen zu zahlenden Ruhegehaltsbezüge geht  
Ihnen noch eine besondere Mitteilung zu.

Mit vorzüglicher Hochachtung !



DEUTSCHES SÄNGERBUNDESFEST 1951

Mainz, 25. April 1950

Herrn

Regierungsrat a.D.  
O p p e n h e i m

M a i n z

Stadthaus

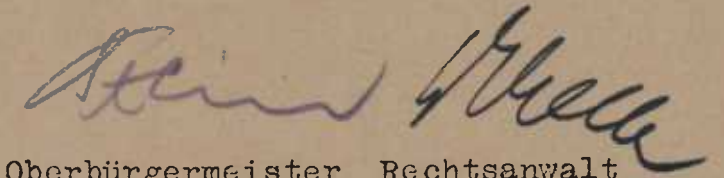
Im Juli 1951 wird das traditionelle Deutsche Sängerbundesfest in Mainz abgehalten werden. Die Stadt Mainz ist stolz darauf, als Festort dieser über die Grenzen Deutschlands hinaus beachtlichen Veranstaltung erwählt worden zu sein. Die Durchführung einer derartig grossen Kundgebung erfordert rechtzeitige Planung und die tätige Mitarbeit aller interessierten Kreise. Es hat sich daher bereits jetzt schon ein geschäftsführender Ausschuss gebildet, welcher zunächst die Schaffung einer Reihe von Kommissionen zur reibungslosen Durchführung der Sängertagung sich angelegen sein liess. Die Stadtverwaltung hat sich in dankenswerter Weise bereit erklärt, nach besten Kräften am guten Gelingen der festlichen Veranstaltungen mitzuwirken.

Am nächsten Sonntag, dem 30.4.1950 kommen die Herren des Vorstandes des Deutschen Sängerbundes nach Mainz, um vor den Kommissionen ihr Programm zu entwickeln und ihre Wünsche vorzutragen. Der unterfertigte Ausschuss gibt sich der Hoffnung hin, dass auch Sie bereit sein werden, Ihre geschätzte Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie werden deshalb hiermit gebeten, am

Sonntag, dem 30. April, 19,30 Uhr  
im gelben Saal des Kurfürstlichen Schlosses

zu erscheinen, um an der genannten Besprechung teilzunehmen. Wir hoffen bestimmt auf Ihre Anwesenheit.

Unter verbindlichster Begrüssung!  
Der geschäftsführende Ausschuss



Oberbürgermeister Rechtsanwalt

Michel Oppenheim      Mainz, den 11. April 1950  
Reg.Rat a.D.

Herrn

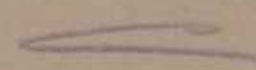
Oberbürgermeister  
der Stadt Mainz

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Für die freundliche Einladung zur Ein-  
weihung der Strassenbrücke danke ich  
verbindlichst. Da ich heute meinen Urlaub  
antrete, bedaure ich ausserordentlich, an der  
Veranstaltung, die für unsere Vaterstadt  
von grosser Bedeutung sein möge, nicht  
teilnehmen zu können.

Ich bin  
Ihr sehr ergebener







# Der Oberbürgermeister der Stadt Mainz

Der Oberbürgermeister der Stadt Mainz

Fernruf Nr. 221 und 321

Herrn

Oberrechtsrat Oppenheim

im Hause.

=====

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Aktenzeichen

Mainz, den

E 12 10

5. April 1950

Bei Antwort bitte angeben

Betreff :

Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Auf Ihr Schreiben vom 18.2.1950 teile ich Ihnen folgendes mit:

Nach § 70 Abs. 1 des Beamtengesetzes vom 13.12.1949 kann die Landesregierung, wenn dringende dienstliche Rücksichten der Verwaltung im Einzelfall die Fortführung der Dienstgeschäfte durch einen bestimmten Beamten erfordern, den Eintritt in den Ruhestand über das 65. Lebensjahr hinausschieben. Nach den gemachten Erfahrungen ist die Landesregierung jedoch nur bereit, derartige Genehmigungen zu erteilen, wenn sie dies aus dienstlichen Rücksichten für unbedingt notwendig erachtet. Ich verspreche mir daher in Ihrem Falle von einem derartigen Antrag an die Landesregierung keinen Erfolg. Sonach wird Ihre Ruhestandsversetzung gemäß § 69 Abs. 1 des Beamtengesetzes formell zum 31.5.1950 vorgenommen.

Im Hinblick auf Ihre besonderen Verhältnisse werde ich bei den Städt. Körperschaften beantragen, sich mit Ihrer Weiterbeschäftigung nach erfolgter Ruhestandsversetzung für die Dauer eines Jahres einverstanden zu erklären. Falls die Körperschaften diesem Antrag zustimmen, erhalten Sie während der Zeit der Weiterbeschäftigung den Unterschiedsbetrag zwischen Ihren Dienstbezügen als aktiver Beamter und dem Ruhegehalt hinzugezahlt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Michel Oppenheim  
Reg.Rat a.D.

Mainz, den 5. Mai 1950

An den

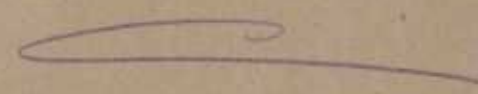
Geschäftsführenden Ausschuss  
des Deutschen Sängerbundesfestes

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Für die freundliche Einladung zur Be-  
sprechung am 30. 4, danke ich verbindlichst.  
Infolge meines Urlaubs war es mir leider  
nicht möglich an der Besprechung teil-  
zunehmen. Ich stelle meine Mitarbeit selbst-  
verständlich gerne zur Verfügung.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
bin ich  
Ihr sehr ergebener





Herrn Oberbürgermeister S t e i n

- dch. Herrn Bürgermeister Dr. Schwahn -  
vorgelegt.

Da ich in der Vorstandssitzung des Mainzer Altertums-Vereins anwesend war, muss ich leider bestätigen, dass dort in der von Herrn Dr. Arens angeführten Weise gesprochen wurde.

Aus vielen Gründen halte ich die Zusammenlegung des Römisch-Germanischen-Zentralmuseums mit den städtischen Sammlungen für verfehlt. Die fortgesetzten Schwierigkeiten während der letzten Jahrzehnte sollte Anlass sein, in Zukunft den bisherigen Zustand abzustellen. Eine kleine Besserung trat erst ein, als das Altertumsmuseum in die Räume der Goldenen Rosskaserne übersiedeln konnte.

Eine gute Aufstellung der vorhandenen Kunstschatze muss das Endziel unserer Museumspolitik sein. Zu ihrer Erfüllung sind unbedingt ausreichende Räume erforderlich. Das Bauquadrat Grosse Bleiche - Bauhofstrasse - Mittlere Bleiche - Schießgartenstrasse könnte den städt. Sammlungen ausreichende Räume gewährend. Da dieses Gebiet schon früher dem Altertumsmuseum zugewiesen war, bitte ich, es dabei zu belassen.

Selbstverständlich muss anerkannt werden, dass das Römisch-Germanische -Zentralmuseum ebenfalls ausreichende Räume benötigt, um seine Sammlungen ausstellen zu können. Als Ausstellungsraum für dieses Museum wurde früher schon vorgeschlagen das Gebiet des Zeughauses und des anschliessenden Sautanzes. Auch das Gebiet des alten Festungsschirrhofes Mittlere Bleiche, Kaiser Friedrich Strasse, Hintere Bleiche Bauhofstrasse käme vielleicht in Frage. Auf alle Fälle wäre es notwendig, dass für die verschiedenen Mainzer Museen einschliesslich Römisch Germanisches -Zentralmuseum baldigst irgend etwas geschieht. Zumindest müsste Klarheit geschaffen werden, wodie Museen später eine Unterkunft finden und dann sollte, wenn ich mir einen weiteren Vorschlag erlauben darf, schon im kommenden Etat Summen für die Neubauten eingesetzt werden.

Mainz, den 18. März 1950

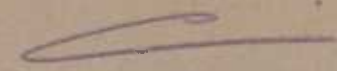
Regierungsrat a.D.

Dem Herrn Oberbürgermeister  
zurückgereicht.

Die beiden Herausgeber der Eckert-Festschrift - Herr Prof. Dr.A.F. Napp-Zinn und der Unterzeichnete -, die im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters der Stadt Mainz und der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Johannes Gutenberg-Universität handelten, erteilten aufgrund einer von der Mainzer Presse vorgelegten Kostenrechnung über 11 500,—DM den Auftrag auf Herstellung der Eckert-Festschrift an die Mainzer Presse.

Nur zwei Beträge für zusätzliche Arbeiten über 126,—DM (Verbesserung des Einbandes) und über 110,—DM (Nummerierung und Verpackung usw.) werden unmittelbar bezahlt.

Mainz, den 17. März 1950

  
Regierungsrat a.D.



Abschrift

Der Oberbürgermeister  
der Stadt Mainz

Mainz, den 9. März 1950  
Aktz.: A 54 34 1/50

Herrn

Regierungsrat a.D.  
O p p e n h e i m

- im Hause -

Betr.: Mainzer Presse

Durch das Auscheiden des Faktors Grosse war es notwendig geworden, bei der Mainzer Presse Inventur zu machen. Dabei wurden auch die Buchbestände usw. überprüft. Nach dem mitfolgenden Bericht des Rechnungsprüfungsamts besteht noch Unklarheit über die Verteilung der Mainzer Kalender Jahrgang 1949/50. Das Rechnungsprüfungsamt hat Sie bereits gebeten, eine Prüfung durchzuführen, damit Klarheit darüber besteht, welche Mainzer Kalender zu verrechnen sind und welche ohne Gebühr abgegeben wurden.

Ich darf Sie bitten, zu dem beiliegenden Bericht baldigst Stellung nehmen zu wollen.

1 Anl.

gez. S t e i n

//

//

Herrn Oberbürgermeister S t e i n

mit der Bitte die Anlage beifügen zu lassen, die fehlt.  
Zur Sache selbst darf ich jetzt schon bemerken, dass zwei Herren des Rechnungsprüfungsamtes vor längerer Zeit - etwa vor acht bis zehn Monaten - mich wegen dieser Angelegenheit um Auskunft befragten, und dass ich Ihnen jede gewünschte Auskunft erteilte. Es ist nicht richtig, dass das Rechnungsprüfungsamt mich inzwischen gebeten hat eine Prüfung durchzuführen

Herrn Oberbürgermeister S t e i n

Von dem Mainzer Kalender 1947, 1948 und 1949 wurden mir je etwa 200 bis 300 Stück überlassen zur freien Verfügung. Unentgeltlich wurden Kalender an Auswärtigen und Ausländer abgegeben. Genaue Aufzeichnungen liegen nicht vor.

Auf meine Aufschrift vom 11. März 1950 nehme ich Bezug.

Mainz, den 3. April 1950

gez. Oppenheim

Regierungsrat a.D.

Michel Oppenheim

Reg.Rat a.D.

Mainz, den 6. März 1950

Herrn

Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Ihrer Frage, wie ich über die von der Landesregierung gestellte Bedingung, unter der eine Verlegung der Landesregierung nach Mainz stattfinden könnte, denke, musste ich die Antwort schuldig bleiben, da wir gestört wurden.

Gestatten Sie daher, dass ich noch vor der heutigen Sitzung im Kurfürstlichen Schloss antworte: Wenn die Landesregierung nicht nach Mainz kommen will, sollte die Stadt zur Er-zwingung dieser viel beredeten Umsiedelung keine Schritte unternehmen, die sie später wird bereuen müssen.

Auf der einen Seite hat die Stadt Mainz wiederholt ihre Bereitwilligkeit erklärt, Büro und Wohnraum in ausreichendem Mass zur Verfügung zu stellen. Die Stadt Mainz hatte seiner Zeit nichts unternommen zum Erlass der Verordnung des General König, durch die Mainz als Landeshauptstadt bestimmt wurde. Aufgrund dieser Verordnung bestand für Mainz nicht nur das Recht, Landeshauptstadt zu werden, sondern auch die Pflicht den Aufbau der Stadt so zu leiten, dass die Landesbehörde möglichst bald hier aufgenommen werden kann. Diese Pflicht hat die Stadt Mainz - wenn die angegebenen Zahlen richtig sind -, soweit es die gegebenen Verhältnisse zulassen, erfüllt.

././.



Auf der anderen Seite hat die Landesregierung die Erfüllung der Verordnung in einer Weise immer wieder verschoben, dass man an dem guten Willen der Landesregierung, die Verordnung zu erfüllen, zweifeln muss. Dass dieser Zweifel berechtigt ist, darf aus folgendem geschlossen werden.

Die Räume im Wodlworth-Gebäude wurden von der Militärregierung seiner Zeit der Landesregierung für ihre Zwecke überlassen. Eine Instanz der Landesregierung hat nun einen Teil dieser Räume dem Kaufhof zur Verfügung gestellt. Zur selben Zeit gibt die Landesregierung an, nicht über genug Räume in Mainz verfügen zu können. Dieser Fall dürfte genügen, um die Einstellung der Landesregierung zu verdeutlichen.

In die gleiche Ebene fällt der Umstand, dass bei der letzten Besichtigung in Mainz durch die Landesregierung zusammen mit dem französischen Dägierten Hettier de Boislambert eine städtische Dienststelle nichtzugezogen wurde. Man hatte wohl befürchtet von Seiten der Stadt könnten im Beisein des französischen Herrn Auskünfte erteilt werden, die in diesem Augenblick nicht erwünscht waren.

Zusammenfassend:

Ich halte die von der Landesregierung gestellte Bedingung nicht für annehmbar. Die vielen anderen Gründe für Mainz oder Koblenz, die in der Presse weitgehend behandelt wurden, will ich hier nicht wiederholen.

Sollte wider Erwarten der Stadtrat das Kurfürstliche Schloss verschenken wollen, was ich als Würdelosigkeit bezeichnen muss, dann müsste aber in den Vertrag aufgenommen werden, dass dieses "Geschenk" zurückfällt, sobald das Land Rheinland-Pfalz in seiner heutigen Gestalt nicht mehr besteht.

*H. G. v. d. L.*  
*H. G. v. d. L.*

Michel Oppenheim  
Reg.Rat a.D.

Mainz, den 6. März 1950

Herrn

Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Ihrer Frage, wie ich über die von der Landesregierung gestellte Bedingung, unter der eine Verlegung der Landesregierung nach Mainz stattfinden könnte, denke, musste ich die Antwort schuldig bleiben, da wir gestört wurden.

Gestatten Sie daher, dass ich noch vor der heutigen Sitzung im Kurfürstlichen Schloss antworte: Wenn die Landesregierung nicht nach Mainz kommen will, sollte die Stadt zur Er-zwingung dieser viel beredeten Umsiedelung keine Schritte unternehmen, die sie später wird bereuen müssen.

Auf der einen Seite hat die Stadt Mainz wiederholt ihre Bereitwilligkeit erklärt, Büro und Wohnraum in ausreichendem Mass zur Verfügung zu stellen. Die Stadt Mainz hatte seiner Zeit nichts unternommen zum Erlass der Verordnung des General König, durch die Mainz als Landeshauptstadt bestimmt wurde. Aufgrund dieser Verordnung bestand für Mainz nicht nur das Recht, Landeshauptstadt zu werden, sondern auch die Pflicht den Aufbau der Stadt so zu leiten, dass die Landesbehörde möglichst bald hier aufgenommen werden kann. Diese Pflicht hat die Stadt Mainz - wenn die angegebenen Zahlen richtig sind -, soweit es die gegebenen Verhältnisse zulassen, erfüllt.

.//.



E n t w u r f

Auf der anderen Seite hat die Landesregierung die Erfüllung der Verordnung in einer Weise immer wieder verschoben, dass man an dem guten Willen der Landesregierung, die Verordnung zu erfüllen, zweifeln muss. Dass dieser Zweifel berechtigt ist, darf aus folgendem geschlossen werden.

Die Räume im Woblworth-Gebäude wurden von der Militärregierung seiner Zeit der Landesregierung für ihre Zwecke überlassen. Eine Instanz der Landesregierung hat nun einen Teil dieser Räume dem Kaufhof zur Verfügung gestellt. Zur selben Zeit gibt die Landesregierung an, nicht über genug Räume in Mainz verfügen zu können. Dieser Fall dürfte genügen, um die Einstellung der Landesregierung zu verdeutlichen.

In die gleiche Ebene fällt der Umstand, dass bei der letzten Besichtigung in Mainz durch die Landesregierung zusammen mit dem französischen Delegierten Hettier de Boislambert eine städtische Dienststelle nichtzugezogen wurde. Man hatte wohl befürchtet von Seiten der Stadt könnten im Beisein des französischen Herrn Auskünfte erteilt werden, die in diesem Augenblick nicht erwünscht waren.

Zusammenfassend:

Ich halte die von der Landesregierung gestellte Bedingung nicht für annehmbar. Die vielen anderen Gründe für Mainz oder Koblenz, die in der Presse weitgehend behandelt wurden, will ich hier nicht wiederholen.

Sollte wider Erwarten der Stadtrat das Kurfürstliche Schloss verschenken wollen, was ich als Würdelosigkeit bezeichnen muss, dann müsste aber in den Vertrag aufgenommen werden, dass dieses "Geschenk" zurückfällt, sobald das Land Rheinland-Pfalz in seiner heutigen Gestalt nicht mehr besteht.

Herrn

Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Ihrer Frage, wie ich über die von der Landesregierung gestellte Bedingung, unter der eine Verlegung der Landesregierung nach Mainz stattfinden könnte, denke, musste ich die Antwort schuldig bleiben, da wir gestört wurden.

Gestatten Sie daher, dass ich noch vor der heutigen Sitzung in Kurfürstlichen Schloss <sup>mitbrachte:</sup> Ihnen die Antwort gebe. Wenn die Landesregierung nicht nach Mainz kommen will, sollte die Stadt (keine weiteren Schritte unternehmen) zur Erzwingung dieser viel beredeten Umsiedelung. *Die in späterer Verhandlung wird/aus.*

Auf der einen Seite hat die Stadt Mainz wiederholt ihre Bereitwilligkeit erklärt, Büro und Wohnraum in ausreichendem Mass zur Verfügung zu stellen. Die Stadt Mainz hatte seiner Zeit nichts unternommen <sup>zum Schutz der</sup> ~~um die~~ Verordnung des General König, durch die Mainz als Landeshauptstadt ~~fest-~~ <sup>best-</sup> ~~gesetzt~~ <sup>bestimmt</sup> wurde, ~~zu bewirken~~. Aufgrund dieser Verordnung bestand für Mainz nicht nur das Recht, Landeshauptstadt zu werden, sondern auch die Pflicht den Aufbau der Stadt so zu leiten, dass die Landesbehörde möglichst bald hier aufgenommen werden kann. Diese Pflicht hat die Stadt Mainz - wenn die angegebenen Zahlen richtig sind -, soweit es die gegebenen Verhältnisse zulassen, erfüllt. Auf der anderen Seite hat die Landesregierung die Erfüllung der Verordnung in einer Weise immer wieder verschoben, dass man an dem guten Willen der Landesregierung, die Verordnung



zu erfüllen, zweifeln muss. Dass dieser Zweifel berechtigt ist, darf aus folgendem geschlossen werden.

Die Räume im Woolworth-Gebäude wurden von der Militärregierung seiner Zeit der Landesregierung für ihre Zwecke überlassen. Eine Instanz der Landesregierung hat nun einen Teil dieser Räume dem Kaufhof zur Verfügung gestellt. Zur selben Zeit gibt die Landesregierung an, nicht über genug Räume in Mainz verfügen zu können. Dieser Fall dürfte genügen, um die Einstellung der Landesregierung zu verdeutlichen.

In die gleiche Ebene fällt der Umstand, dass bei der letzten Besichtigung in Mainz durch die Landesregierung zusammen mit dem französischen Delegierten Hettier de Boislambert eine städtische Dienststelle nicht zugezogen wurde. Man hatte wohl befürchtet von Seiten der Stadt könnten im Beisein des französischen Herrn Auskünfte erteilt werden, die in diesem Augenblick nicht erwünscht waren.

Zusammenfassend:

Ich halte die von der Landesregierung gestellte Bedingung nicht für annehmbar. Die vielen anderen Gründe für Mainz oder Koblenz, die in der Presse weitgehend behandelt wurden, will ich hier nicht wiederholen.

Sollte wider Erwarten der Stadtrat das Kurfürstliche Schloss verschenken wollen, was ich als Würdelosigkeit bezeichnen muss, dann müsste aber in den Vertrag aufgenommen werden, dass dieses "Geschenk" zurückfällt, sobald das Land Rheinland-Pfalz in seiner heutigen Gestalt nicht mehr besteht.

Betr.: Dienstreise nach München; hier:  
Gewährung eines Vorschusses.

An den

Herrn Oberbürgermeister

M a i n z

In Sachen Cornelius- Nachlass trete ich mit Ihrer Genehmigung heute eine Dienstreise nach München an. Ich bitte um Gewährung eines Reisekostenvorschusses von 80,-- DM.

*[Handwritten signature]*

18. Februar 1944

Herrn

Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Am 19. Mai ds.Js. werde ich 65 Jahre alt.  
Da mit Vollendung des 65. Lebensjahres die  
Pensionierung für mich droht, erlaube ich  
mir Nachstehendes vorzutragen:

Ich fühle mich körperlich auch mit 65 Jahren  
noch in der Lage, zu arbeiten. Ob meine  
geistigen Fähigkeiten der naturbedingten  
Verkalkung widerstanden haben und noch aus-  
reichen, muss von anderer Stelle entschieden  
werden. Der Mensch denkt zu subjektiv,  
um diese Frage für seine eigene Person richtig  
entscheiden zu können. Mit dieser Ein-  
schränkung glaube ich, dass meine Arbeits-  
kraft noch ausreicht. Denn wenn dieser  
Glaube nicht vorhanden wäre, hätten diese  
Zeilen keinen Sinn.

Ich bitte mich weiter zu beschäftigen und  
meine Pensionierung zurückzustellen.

Zu dieser Bitte glaube ich berechtigt zu  
sein, da ich in der Nazizeit 12 Jahre lang  
nicht arbeiten durfte und während dieser  
Zeit eine gekürzte Pension erhielt. Man



da auf 4 Werten Klein Restwert mit Hilfe Klappzange,  
OB: 1/2 Schloß 1/2 befindet sich auf Schloss gezogen werden.

Von einer Stelle, die ich als sichere Quelle bezeichnen darf, habe ich erfahren, dass in Wiesbaden Vorbereitungen getroffen werden, um in Mainz-Kastel eine Leihbibliothek einzurichten. Es dürfte sich daher empfehlen, die Absicht der Stadt Mainz in Wiesbaden eine Leihbücherei einzurichten, schon jetzt zur Ausführung zu bringen und damit nicht bis zur Einweihung der Brücke zu warten.

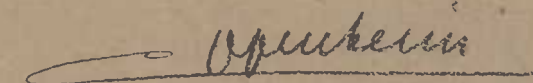
I. A k t e n n o t i z

Nach telefonischer Mitteilung des Altertumsmuseums, wurde die Holzfigur am Hause "Römischer König" von dort zur Verfügung gestellt. Leihvertrag vom 4. 11. liegt vor.

II. Herrn Oberbürgermeister S t e i n

vorgelegt, unter Bezugnahme auf die Besprechung von heute Vormittag.

Mainz, den 4. Januar 1950



Regierungsrat a.D.



Mainz, den 10. Oktober 1949

N o t i z

Das nachstehend wiedergegebene Schreiben wurde nie abgesandt. Das mit Bleistift geschriebene Konzept fand ich gestern Abend.

Sehr geehrter Herr !

Wenn ich Sie gestern Abend richtig verstanden habe, verlangen Sie, dass der zur Zeit im Ausland lebende Jude X (den Namen habe ich wieder vergessen), der in der Nazizeit sein Haus an Sie verkauft hat, auf die Geltendmachung seiner Rechte, die ihm nach der Verordnung Nr. 120 zusteht, verzichtet. Der betreffende § drückt sich sehr klar aus, sein Text dürfte als Antwort für Sie genügen.

Sie sagten weiter " Früher war ich judenfreundlich, jetzt bin ich aber Antisemit, nachdem mir das passiert ist ". Ferner sagten Sie in drohender Form " Wenn Sie nicht dafür sorgen, dass Ihre Rassegenossen sich anders benehmen, können Sie etwas erleben ".

Betr.: Veranstaltungen im Jahr 1950

Herrn Oberbürgermeister S t e i n

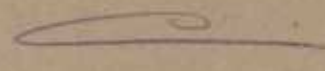
mit der Karte von Frau Anna Fabian geb. Keller aus  
Heidelberg vom 7. 1. 1950 vorgelegt.

Im Jahre 1950 sollen folgende Veranstaltungen in Mainz  
stattfinden:

- 1) eine grosse Ausstellung des Gutenbergmuseums, wahr-  
scheinlich mit dem Titel " Tausend Jahre Buchillustration ",
- 2) die Gutenberg-Gesellschaft wird eine umfangreiche  
Festschrift herausgeben.
- 3) Es soll geplant sein bibliophile Gesellschaften, Verleger,  
Buchhändler usw. einzuladen in diesem Jahre ihre  
Jahrestagungen in Mainz abzuhalten. Näheres ist mir  
hierüber aber nicht bekannt.
- 4) Ich nehme an, dass die Gutenberg-Woche, wie in den  
vergangenen Jahren, auch 1950 durchgeführt wird.

Ich glaube, dass Frau Fabian, wenn sie eine Wiederholung  
vom Jahre 1900 verlangt, in erster Linie an den damaligen  
Festzug denkt. Dieser Festzug während der Gutenberg-Woche  
würde bestimmt viel Menschen und damit auch Geld nach  
Mainz bringen. Die Vorbereitung eines derartigen Fest-  
zuges erfordert geraume Zeit. Trotzdem schlage ich vor,  
die Frage eines Festzuges bis nach Fastnacht zu vertagen.  
Da ein Festzug durch eine zerstörte Stadt etwas Neues ist,  
sollte man die Erfahrung, die wir durch den Rosenmontags-  
zug gewinnen, abwarten.

Mainz, den 10. Januar 1950

  
Regierungsrat a.D.



Michel Oppenheim

Mainz, den 27. 12. 1949

Reg.Rat a.D.

Herrn

Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Für die freundlichen Einladungen zur  
Einweihung der neuen Räume im Kur-  
fürstlichen Schloss am 28. 1. und zum  
Richtfest am 29. Dezember danke ich  
verbindlichst. An der Veranstaltung  
am 28. Dezember nehme ich mit grossem  
Vergnügen teil. Ich bedaure aber für  
den 29. Dezember absagen zu müssen, da  
ich für diesen Abend bereits eine  
anderweitige Zusage gegeben habe.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
bin ich  
Ihr sehr ergebener



A 11 10 01 2/49

StAMZ, NL Oppenheim / 9,4 - 115

Michel Oppenheim  
Reg.Rat a.D.

Mainz, den 16. September 1949

An den

Herrn Oberbürgermeister  
S t e i n

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Als mein Referat zusammengestellt wurde, hatten Sie auf meinen besonderen Wunsch mir auch die Bearbeitung der Denkmalspflege zugeteilt. Es hat sich nun im Laufe der Zeit herausgestellt, dass meine Auffassung über Denkmalspflege mit der des Herrn Dezernenten nicht übereinstimmt. Dies tritt insbesondere zutage durch ein Schreiben das von dem Herrn Dezernenten am 12. September 1949 an den Herrn Regierungspräsidenten für Rhein Hessen gerichtet wurde.

Der Inhalt dieses Schreibens und die Auffassung des Absenders zu den Fragen der Denkmalspflege wird in Fachkreisen sicher eingehend besprochen und kritisiert werden. Ich möchte nicht mit der in diesem Schreiben und anderen Orts vorgetragenen Auffassung indentifiziert werden.

Ich bitte Sie daher, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, die Bearbeitung der Denkmalspflege mir wieder abzunehmen. Ich bedaure, diese Bitte aussprechen zu müssen, da ich mich seit langer Zeit mit den einschlägigen Fragen im Interesse der Vaterstadt gern und eingehend beschäftigt habe.

Auch wenn ich die Denkmalspflege nicht mehr referatsmässig bearbeite, stehe ich selbstverständlich auf diesem Gebiet jeder Zeit für einen Rat, für eine Auskunft oder was es sein mag zu Ihrer Verfügung.

Ich bin  
Ihr sehr ergebener



U.R. Herrn Beigeordneten Dr. D a s s e n

mit der Bitte um Kenntnis und Stellungnahme.

Mainz, den 19. September 1949  
Der Oberbürgermeister:

gez. Stein

//

//

U. Herrn Oberbürgermeister S t e i n

zurückgereicht.

Ich nehme an, dass zu dem vorstehenden Bericht des Herrn Reg.Rat Oppenheim 2 Anträge Anlaß gewesen sind, die ich an die Regierung gerichtet habe.

Meine Anträge behandelten den Schönborner-Hof und den gotischen Giebel Korbasse 3.

Bezüglich des Schönborner-Hofes bemerke ich, dass der Stadtrat die Vorbereitung der Schillerstrasse am Schönborner Hof und am Proviantamt genehmigt hat. Kommt der Plan zur Durchführung, kann der Schönborner-Hof an seiner alten Stelle nicht mehr errichtet werden.

Nachdem der Stadtrat den Plan genehmigt hat, ist es meine Pflicht, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um den Plan zur Durchführung zu bringen. Das Hessische Denkmalschutzgesetz, das heute noch für die Stadt Mainz Gültigkeit hat, schreibt vor, dass, wenn durch eine Baufluchtlinie ein Baudenkmal beeinträchtigt wird, die Entscheidung des Ministeriums eingeholt werden muss. Entsprechend habe ich den Fluchtlinienplan für die Schillerstrasse dem Ministerium für Wiederaufbau mit der Bitte vorgelegt, den Plan zu genehmigen.

Seit Anfang ds.Js. bemüht sich der Denkmalspfleger, den gotischen Giebel Korbasse 3 zu erhalten. Es sind schriftliche und mündliche Verhandlungen mit Behörden ~~da~~ und Privaten geführt worden, um die Mittel zur Erhaltung des Baudenkmals zu beschaffen. Nachdem die Bemühungen bis heute ohne jeden Erfolg geblieben sind, habe ich dem Landeskonservator über den Regierungspräsidenten mitgeteilt, dass ich zur Sicherung der Bevölkerung gezwungen wäre, den gotischen Giebel niederzulegen. Ich habe eine letzte Frist von 6 Wochen gestellt, um nochmals dem Landeskonservator die Möglichkeit zu geben, Mittel für die Sicherungsarbeiten zu beschaffen. Nach Ablauf der 6 Wochen werde ich, wenn ich keinen weiteren Bescheid erhalten habe, den Giebel niederlegen lassen.

Dass die Denkmalspflege für Herrn Reg.Rat Oppenheim schwierig ist und nur wenig Erfolg zeigt, hat seine Ursache darin, dass für die Erhaltung von Baudenkmalen Mittel nur in unzureichendem Maß zur Verfügung gestellt werden.

Ich halte in der gleichen Weise wie Herr Regierungsrat Oppenheim es für wünschenswert, dass die Baudenkmalen erhalten werden. Wenn dies aber mangels Mittel nicht möglich ist, muss ich die Beseitigung der Denkmäler verlangen, wenn Personen durch diese gefährdet sind. Ich sehe eigentlich keinen Anlaß, warum Reg.Rat Oppenheim die Denkmalspflege aufgeben will.

Mainz, den 12. Oktober 1949

gez.Dr.Dassen

Herrn Regierungsrat O p p e n h e i m

zur gefl. Kenntnisnahme.

Mainz, den 15. Oktober 1949  
Der Oberbürgermeister:

gez. Stein

Michel Oppenheim

Mainz, den 16. September 1949

Reg.Rat a.D.

An den

Herrn Oberbürgermeister  
S t e i nM a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Als mein Referat zusammengestellt wurde, hatten Sie ~~mir~~ auf meinen besonderen Wunsch <sup>mir</sup> auch die Bearbeitung der Denkmalspflege zugeteilt. Es hat sich nun im Laufe der Zeit herausgestellt, ~~dass ich in allen denkmalpflegerischen Arbeiten wohl nach den anerkannten Grundsätzen der Denkmalspflege zu arbeiten suche, dass aber meine Auffassung über Denkmalspflege mit der Auffassung des Herrn Dezernenten übereinstimmt.~~ Dies tritt insbesondere zutage in einem Schreiben <sup>das</sup> von dem Herrn Beigeordneten ~~Dr. Dassen~~ am 12. September 1949 an den Herrn Regierungspräsidenten für Rheinhessen gerichtet wurde. #

Der Inhalt dieses Schreibens und die Auffassung des Absenders zu den Fragen der Denkmalspflege wird in Fachkreisen sicher eingehend besprochen werden. Ich möchte nicht ~~Sofort laufen~~ mit der in diesem Schreiben <sup>vor-</sup> getragenen Auffassung identifiziert ~~zu~~ werden. #

Einn. Briefkopf

F. 100  
m. 100  
O. 100

Ich bitte ~~Sie~~ Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, die Bearbeitung der Denkmalspflege mir wieder abzunehmen.

~~Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, die Bearbeitung der Denkmalspflege mir wieder abzunehmen.~~  
Ich bin  
Ihr sehr ergebener  
Mitarbeiter

~~Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, die Bearbeitung der Denkmalspflege mir wieder abzunehmen.~~  
Ich bin  
Ihr sehr ergebener  
Mitarbeiter



Abschrift!

Der Oberbürgermeister  
der Stadt Mainz.

Mainz, den 12. September 1949.  
Aktenz:

An den  
Herrn Regierungspräsidenten  
für Rheinhessen  
M a i n z .

11.9.1949.

Schillerstraße, Schönborner Hof.

Ich bestätige hiermit den Eingang der Niederschrift über die Sitzung vom 23. August 1949.

Dem Sitzungsbericht ist zu entnehmen, daß die Notwendigkeit zur Verbreiterung der Schillerstraße bestritten wird, weil durch eine 16 m breite Langgasse eine Entlastungsstraße geschaffen werde. Es ist richtig, daß der Stadtrat entgegen der Einstellung der Stadtverwaltung, die nur einen Straßenzug mit der für Stadtstraßen notwendigen Mindestbreite von 13 m schaffen wollte, eine Straße von 16 m Breite beschlossen hat. Damit ist nach meiner Ansicht noch nicht endgültig entschieden, daß die Langgasse tatsächlich diese Breite erhalten wird. Nach den geltenden Vorschriften habe ich den Plan der Langgasse öffentlich zu jedermanns Einsicht offengelegt. Die Einsprüche gegen die Verbreiterung sind so zahlreich, daß möglicherweise der Stadtrat seinen Beschluß zurückziehen wird. Hierüber ist aber noch keine Entscheidung getroffen.

Die Ansicht von Oberbürgermeister, Bauverwaltung und Stadtrat ist, daß, selbst wenn die Langgasse in 16 m Breite ausgeführt wird, trotzdem die Schillerstraße verbreitert werden muß. Es ist eine irrige Auffassung, daß die Langgasse die Schillerstraße wesentlich entlasten werde. Der Verkehr verlangt die Verbreiterung der Schillerstraße.

Der Landeskonservator macht für die Erhaltung des Schönborner Hofes im wesentlichen zwei Gründe geltend:

1. Der Schönborner Hof muß als Baudenkmal erhalten bleiben.
2. Die Gestalt des Schillerplatzes darf durch die Zurücknahme der Front des Schönborner Hofes nicht verändert werden.

Hierauf ist zu erwidern:

Zu 1.

Der Schönborner Hof ist außerordentlich stark zerstört; es stehen nur noch stark beschädigte Umfassungswände. Was vorhanden ist, ist schlechtes, altes Mauerwerk.

//



Daß der Schönborner Hof ein Baudenkmal von Bedeutung war, steht außer Frage. Ob die jetzt vorhandenen Trümmer noch als Baudenkmal zu bezeichnen sind, kann bezweifelt werden. Wird das Gebäude in seiner alten Form wiederhergestellt, so erhält die Stadt nicht das alte Baudenkmal, sondern nur eine Nachahmung.

Gerade die Erfahrungen der letzten Zeit haben gezeigt, wie wenig es angebracht ist, vorhandenes schlechtes Mauerwerk zu verwerten. Zur Zeit wird das Gebäude Gutenbergplatz 1 ausgebaut. Auch hier hat der Denkmalpfleger die Erhaltung der noch vorhandenen Umfassungsmauern verlangt. Sowohl der die Durchführung des Vorhabens leitende Architekt als auch die ausführende Baufirma haben auf Grund ihrer Feststellungen es als Unfug bezeichnet, ein altes Mauerwerk, bei dem man den einzelnen Stein mit der Hand herausziehen kann, noch zu erhalten. Das Mauerwerk des Schönborner Hofes ist nicht besser. Die Erhaltung des alten Mauerwerks muß aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit abgelehnt werden.

Ob aus Gründen der Denkmalpflege ein altes Gebäude nachgeahmt werden muß, möchte ich in Frage stellen. Der frühere Denkmalpfleger der Stadt Mainz, Professor Neeb, hat den Standpunkt vertreten, man solle nicht ängstlich am Alten kleben. Man könne auch ein Gebäude, das unter Denkmalschutz steht, aufgeben; man müsse nur etwas Besseres an seine Stelle setzen. Ich nehme an, daß die Architekten unserer Zeit für sich in Anspruch nehmen, daß sie tatsächlich etwas Besseres schaffen können. Im Falle des Schönborner Hofes handelte es sich aber nicht mehr um ein Baudenkmal, sondern um Trümmer.

#### Zu 2.

Die längliche Platzgestaltung verliert, städtebaulich gesehen, nichts in ihrer Wirkung, wenn die Schillerstraße an der Engstelle auf 22,80 m verbreitert wird. Schillerplatz und Schillerstraße bleiben immer noch scharf getrennt. In dieser Ansicht werde ich von verschiedenen Architekten und Städtebauern unterstützt, die der von der Militärregierung gebildeten französisch-deutschen Architekten-Kommission angehören. Mehrere dieser Architekten haben die Verbreiterung der Schillerstraße allerdings auf der dem Schönborner Hof gegenüberliegenden Seite gefordert. Das beweist, daß städtebauliche Einwände gegen eine Verbreiterung des Schillerplatzes nicht gemacht werden können, daß also eine gute städtebauliche Gestaltung des Schillerplatzes durchaus nicht in Frage gestellt ist, wenn die Schillerstraße verbreitert wird.

Ich habe unter Bezugnahme auf Artikel 23 des Hessischen Denkmalschutzgesetzes vom 16. Juli 1902 die Genehmigung des Ministeriums für die Verbreiterung der Schillerstraße beantragt.

//  
In Abschrift

Dem Herrn Kulturdezernenten

mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

//  
In Vertretung:

gez: Dr. Dassen,

Beigeordneter.

Mainz, den 12. September 1949.

40mm

Der Oberbürgermeister  
der Stadt Mainz

StAMZ, NL Oppenheim / 94 - 119

Mainz, den 2. Sept. 1949.

Aktz.: D 11 10 01 2/49

Herrn  
Regierungsrat a.D. Oppenheim  
im Hause.

Sehr geehrter Herr Regierungsrat!

Im Anschluss an die mit Ihnen geführte Besprechung vor einigen Tagen gestatte ich mir, noch einmal das Referat zu benennen, das für die Folge von Ihnen zu bearbeiten sein wird:

Naturhistorisches Museum, Gutenbergmuseum, Altertums-  
museum mit Gemäldegalerie, Kunstaussstellungen, Denkmal-  
pflege, Jüdische Angelegenheiten;

ausserdem Verbindungsstelle zur Johannes Gutenberg-Uni-  
versität und zum Römisch-Germanischen Zentralmuseum.

Ihrem Wunsche, auch das Stadtarchiv Ihrem Referat zuzuteilen, vermag ich leider nicht zu entsprechen.

Ergebst

*Stein*



A b s c h r i f tAktz.: 12 ol 11

9. Juli

9

Herrn

Oberrechtsrat (Regierungsrat a.D.)  
O p p e n h e i m,

im Hause

=====

Sehr geehrter Herr Oppenheim!

Ich bestätige Ihnen hiermit die in der Verwaltungskonferenz am 7. Juli 1949 getroffene Feststellung hinsichtlich Ihres künftigen Arbeitsgebietes. Es wurde festgelegt, dass Sie Herrn Bürgermeister Dr. Schwahn als Referent zur Verfügung stehen für die städt. Museen (Naturhistorisches Museum, Gutenbergmuseum, Altertumsmuseum und Gemäldegalerie), ausserdem für die Durchführung der Kunstaussstellungen. In dem Dezernat des Herrn Beigeordneten Dr. Dassen übernehmen Sie die Sachbearbeitung der Denkmalspflege und in meinem Dezernat werden Sie die Sachbearbeitung hinsichtlich der Verbindung der Stadt zur Johannes Gutenberg Universität übernehmen. Ich darf Sie bitten, sich mit den Dezernenten in Verbindung zu setzen, damit eine reibungslose Bearbeitung möglich ist. Als Sachbearbeiter steht Ihnen Stadtüberinspektor Hebach zur Verfügung, der selbstverständlich nach wie vor der persönliche Sachbearbeiter des Herrn Beigeordneten Krahn für sein Dezernat und des Herrn Bürgermeisters Dr. Schwahn für dessen Dezernat bleibt.

Mit freundlicher Begrüssung!

./.

-----  
F. a. R. d. A. *Hebach*, 28. 7. 57

Entwurf

28. April 49.  
2. März 49

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

3. Ihre Frage betreffend Zusammentreffen des Mainzer Weinmarktes mit der 200jährigen Feier von Goethes Geburtstag, erlaube ich mir, nachstehend ~~zu beantworten~~ <sup>zu erläutern</sup>:
1. Die 500 Personen, die an einer akademischen Feier in der Aula oder die 300 Personen die an einer Veranstaltung im Stadthaus teilnehmen, werden während dieser Feier und Abendveranstaltung auf dem Weinmarkt nicht fehlen. Andererseits wird die Veranstaltung des Weinmarktes für die Personen, die Goethesgeburtstag feiern wollen, kein <sup>zu</sup> Hinderungsgrund sein, an einer derartigen Feier teilnehmen.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, werden ~~also~~ Weinmarkt und Goethefeier sich nicht im Wege stehen.

2. Weite Kreise werden nicht verstehen, dass man den Weinmarkt mit Goethesgeburtstag zusammenfallen lässt. Insbesondere fürchte ich, dass die auswärtige Presse die Tatsache, dass der diesjährige Weinmarkt, an Goethesgeburtstag stattfindet, gegen die Stadt Mainz auswerten wird.

Während vieler Monate wird wiederholt auf die Feier des 28. August hingewiesen. Auch die Herren des Verkehrsvereins müssen davon gelesen haben. Es ist daher unverständlich, dass der Termin für den Weinmarkt, wie geschehen, festgelegt wurde.



Michel Oppenheim  
Reg. Rat a.D.

Mainz, den 2. April 1949  
Am Stiftswingert 19

Herrn

Oberbürgermeister S t e i n

M a i n z

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

1. Als ich vor etwa zwei Wochen mündlich Bedenken äusserte wegen der beabsichtigten räumlichen Veränderungen in III 9 sagten Sie etwa wörtlich: " Regen Sie sich nicht auf, es liegt hierzu kein Grund vor. Ich werde zu Ihnen herauf kommen und alles ansehen. Bevor eine Entscheidung fällt, werde ich noch einmal mit Ihnen darüber sprechen." Inzwischen geschah all das, was ich damals vortrug. In dem Glauben an Ihr Wort habe ich Sie nicht noch einmal wegen der Raumfrage belästigt. Sie haben es aber nicht für nötig gehalten, vor Ihrer Entscheidung mit mir über die Angelegenheit nochmals zu sprechen, obwohl Sie es mir zugesagt haben.
2. Ich bat, die Leitung der beiden letzten Sitzungen des Kulturausschusses einem Beigeordneten zu übertragen. Da Sie meiner Bitte nicht entsprachen, musste ich auf Ihren ausdrücklichen Wunsch den Vorsitz in den beiden Sitzungen übernehmen. Zur gleichen Zeit hat man es andererseits für richtig befunden, mich von der Teilnahme an der Sitzung des Finanzausschusses auszuschliessen, wo ich als bisheriger Bearbeiter der Haushaltspläne für Theater- und Orchester diese Pläne fachlich hätte vertreten müssen. Es darf Sie nicht wundern, dass ich diese unverständliche und durch nichts bedingte Rücksichtslosigkeit als eine bewusste schwere Kränkung empfinde.

Meine Bitte, einen Beigeordneten zu beauftragen, entsprang nicht dem Gefühl, dass ich mich für diese Tätigkeit plötzlich nicht mehr fähig hielt. Sie war nur die natürliche Folge Ihrer Erklärung in der Verwaltungskonferenz am 15. März .

././.

Da, wie ich <sup>siehe</sup> heute von Ihnen erfahren habe, wegen einer gleichzeitigen Ausstellung, bereits Verträge von Seiten des Verkehrsvereins abgeschlossen worden sind, wird es schwer sein, den Verkehrsverein zu einer Abänderung des vorgesehenen Termins für den Weinmarkt zu bestimmen. Zu mindest müsste aber der Vorstand des Verkehrsvereins auf die für die Stadt möglicherweise abträglichen Folgen aufmerksam gemacht werden.

Die Interessen des Verkehrsvereins <sup>fühlten</sup> ~~müssten~~ sich eigentlich mit den Interessen der Stadt decken.

3.) *Wenn die Stadt bei Verlegung des Weinmarkts  
aufgeht, so für Mühseligkeit am 28. März in vorliegenden  
Masse zu liegen.*

4.) *Die offizielle Mitteilung vom Weinmarkt  
mit festgesetzter Zeit ist nicht für möglich.*

*Am 2. April  
Oppenheim  
an den  
Herrn*

*W. Oppenheim*



Mainz, den 17. März 1949

3. Am 30. März waren es vier Jahre, dass ich als Beigeordneter in die Stadtverwaltung berufen wurde. Ich lege Wert auf die Feststellung, dass ich berufen wurde. Ich habe mich weder eingedrängt noch gemeldet. Herr Minister Steffan kann Sie über die damaligen Verhältnisse unterrichten. Er wird Ihnen bestätigen können, dass er mir zweimal eine einflußreiche Stellung angeboten hat. Ich hatte sie aber abgelehnt, da mir die unpolitische Stellung als Kulturdezernent lieber war.

Warum ich auch nach de veränderten Verhältnissen nicht unter Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, selbständig hätte weiter arbeiten können, verstehe ich nicht. Ich glaube, dass ich aufgrund meiner Vergangenheit eine gewisse Rücksichtnahme hätte erwarten dürfen.

4. Ich kann nicht verstehen, dass ich über meine weitere Tätigkeit keine Verfügung von Ihnen erhalten habe. Die endgültige Dezernatseinteilung habe ich nur aus der Zeitung erfahren. Sie werden verstehen, dass ich in meinem Interesse und im Interesse der städtischen Verwaltung entscheidenden Wert darauf legen muss, dass meine Arbeitsgebiete Aufgaben und Verantwortlichkeiten klar abgegrenzt und durch eine schriftliche Verfügung der Verwaltung dem Stadtrat und mir mitgeteilt werden.

Ich möchte die mir zur Verfügung stehenden schwachen Kräfte auch in Zukunft meiner Vaterstadt gern zur Verfügung stellen. Es liegt in Ihrer Hand, ob dies möglich ist. Die Erfahrungen der letzten Wochen lassen mich zweifeln. So geht es jedenfalls nicht !

Es fiel mir schwer diese Zeilen zu schreiben. Aber es musste ja gesagt werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
bin ich  
Ihr sehr ergebener

### A k t e n n o t i z

Am Montag, den 14. März bat Herr Oberbürgermeister S t e i n mich in sein Zimmer wegen der Beantwortung der Anfrage der Karmeliter. Ich trug den ganzen Sachverhalt vor

1. Die Wünsche der Karmeliter
2. Die Wünsche des Regierungspräsidiums bezüglich der obersten Stecken
3. Die Wünsche der Denkmalpflege

Herr Oberbürgermeister war der Ansicht, dass die Schule der Schule erhalten bleiben müsste und dass man andererseits den Karmelitern nicht vor den Kopf stoßen dürfe. Er machte den Vorschlag, den Versuch zu machen, andere benachbarte Grundstücke den Karmelitern anzubieten.

Anschließend trug ich meine Wünsche für das Kurfürstliche Schloss und für das Bauquadrat Goldene Rossekaserne vor. Ich tat dies, da an dem gleichen Tage eine Besprechung mit der Landesregierung über die Verteilung der vorhandenen Räume für die Übersiedelung der Landesregierung stattfinden soll.

Ich sagte dann weiter, "ich hatte die Absicht Ihnen zu schreiben, da Sie mich aber jetzt gerufen haben, möchte ich mündlich den Wunsch aussprechen in derselben Weise weiterarbeiten<sup>zu</sup> können wie bisher."

Herr Oberbürgermeister darauf " Selbstverständlich arbeiten Sie in derselben Weise weiter. Ich habe zunächst nicht die Absicht in dieser Beziehung irgend etwas zu ändern."

Am Dienstag, den 15. März war eine Verwaltungskonferenz angesetzt auf 9 Uhr. Kurz vor 9 Uhr rief das Vorzimmer des Herrn Oberbürgermeisters an, dass die Verwaltungskonferenz um 9 1/4 beginne. Um 9 1/4 traf ich Herrn Bürgermeister Maurer und Herrn Dr. Pieper im Vorzimmer, wo ich erfuhr, dass die Verwaltungskonferenz bereits tags, dass wir drei aber erst für 9,15 Uhr geladen seien. Um 9,30 Uhr verließ



ich mit Herrn Bürgermeister Maurer das Vorzimmer und bat Fräulein Proß um Nachricht, wenn es soweit wäre. Bald darauf wurden wir wieder gerufen. Bei dem Oberbürgermeister waren die Herren Schwahn, Hufschmitt, Krahn und Köth anwesend. Als Protokollführer fungierte Herr Thesen. Herr Oberbürgermeister eröffnete uns dreien, dass die Verwaltungskonferenz in Zukunft nur mit den gewählten Beigeordneten tage. Er lobte unsere bisherige Tätigkeit und ~~bedankte sich~~ für unsere Arbeit (Leichenrede). Herr Bürgermeister Maurer wies auf seinen Vertrag hin und sagte, dass Herr Oberbürgermeister Dr. Kraus mit Herrn Oberbürgermeister Stein wegen seiner Angelegenheit sprechen wolle.

Herr Oberbürgermeister Stein hatte vorher darauf hingewiesen, dass die Gemeindeordnung zwingende Bestimmungen hierüber treffe und sagte, dass der Stadtrat und die Öffentlichkeit Anstoss nehme, wenn die Verwaltung so aufgeblasen sei.

Ich sagte, dass ich mich selbstverständlich den gesetzlichen Bestimmungen füge, dass ich aber des Glaubens sei, dass der Oberbürgermeister auch aufgrund der Gemeindeordnung in der Lage sei einen Herren mit einem selbstständigen Dezernat zu beauftragen. Dies wurde bestritten unter Berufung auf §§ 22 und 47 der Gemeindeordnung.

Herr Dr. Reiper gab keine Erklärung ab. Herr Maurer Dr. Pieper und ich wurden darauf entlassen.

Am 16. März bat ich Herrn Oberbürgermeister um eine Rücksprache. Sie fand von 10,15 bis 10,45 Uhr statt (vor mir war Herr Oberbaurat Petzold mit einem Herrn bei ihm). Die Rücksprache fand statt wegen der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten mit der er 40 000,--DM für das Dach der Karmelitorschule in Aussicht stellt unter der Voraussetzung, dass die Karmelitorschule als Volks- und Berufsschule erhalten bleibt.

Anschliessend brachte ich meine persönliche Angelegenheit zur Sprache. Ich hatte das Gefühl, dass

*f. Herrn Maurer  
im Vorzimmer  
abgelesen*

meine konkrete Frage, in welcher Weise ich in Zukunft arbeiten könne einige Tage zu früh gestellt wurde, denn Herr Oberbürgermeister sagte, endgültig sei noch nichts entschieden, er nehme aber an, dass Herr Bürgermeister Dr. Schwahn das Dezernat übernehme. Gleichzeitig wies er wieder auf die Bestimmung der Gemeinde-Ordnung hin. Ich wiederholte, was ich tags zuvor <sup>in</sup> der Verwaltungskonferenz gesagt habe und setzte zu, dass ich gerne bereit wäre, wie bisher zu arbeiten, wenn ich nur ihm - dem Oberbürgermeister gegenüber - verantwortlich sei. Ich fügte bei, dass ich von Aussenstehenden erfahren habe, in welcher Weise mein bisheriges Dezernat verteilt werden solle. Es lägen hier jedenfalls Beschlüsse der Parteien vor, denen gegenüber ich vollständig machtlos sei, da ich keiner Partei angehöre. Darauf der Oberbürgermeister: "Ich werde ganz offen mit Ihnen sprechen und kann Ihnen sagen, dass ich Sie schützen werde." Er erzählte daran anschliessend seine persönlichen Verhältnisse (~~ixxxwxix~~ Mischling II). Ich wies auch darauf hin, dass er am Montag mir erklärt habe, dass ich arbeiten könne wie bisher und dass seine Erklärung in der Verwaltungskonferenz hiermit nicht übereinstimme.

Herr Oberbürgermeister liess sich von der Ausstellung berichten. Zum Schlusse teilte er mit, dass die beiden Herren Büstorf und Kuhl von der Kunstschule bei ihm gewesen seien und meine Arbeit für die Schule sehr gelobt hätten. Er bat mich, wegen weiterer Räume für die Schule ihm Vorschläge zu machen. Da hierfür das Hauptverwaltungsamt zuständig sei, lehnte ich es mit dieser Begründung ab. Auf sein nochmaliges Ersuchen sagte ich zu, ihm demnächst Vorschläge machen zu wollen.

Bei der vorhergehenden Besprechung über meine persönliche Angelegenheit sagte er, dass er hoffe, dass ich mich nicht verärgert zurückziehe. Ich darauf, "ich werde mich bestimmt nicht vordrängen, was ich in meinem Leben noch nie getan habe, muss aber verlangen, dass man mir über meine Zuständigkeit klaren Wein einschenkt."



Gestern Vormittag war Herr Amtmann Thesen bei mir und fragte, ob ich damit einverstanden sei, dass das Zimmer Hebach für Herrn Beigeordneten Krahn zurecht gemacht werde. Ich erklärte ihm zuerst unter vier Augen, später in Anwesenheit von Herrn Hebach, dass ich nicht damit einverstanden bin. Da gestern während meiner Abwesenheit in Worms das Zimmer Hebach in mein Vorzimmer umgeräumt <sup>de</sup> ~~war~~ <sup>heute</sup> und im Zimmer Hebach gearbeitet ~~wurde~~ wird, fragte ich heute Herr Thesen, ob dies vom Herrn Oberbürgermeister befohlen worden sei oder von ihm. Herr Thesen sagte mir, dass Herr Oberbürgermeister ihm nur den Auftrag gegeben habe, einen Raum für Herrn Beigeordneten Krahn ausfindig zu machen und dass er meine gestrige Antwort dem Herrn Oberbürgermeister nicht weitergegeben habe (hierbei waren anwesend Herr Hebach und Frau Bross).





St. sehr genau, er soll sich die Karte mit dem Begleit-  
scheinchen versehen, was davon er ihm gegeben hat,  
die Karten aus der Kr. für immer aus der Gasse  
entziehen. — Ich muss mir das (1. also!) merken.

3. Ich gebe dir "Gute Nacht". Abgabe ist die  
Alten wegen 2 Altmitteln aus der Kr. Ich  
muss hier in der V.K. besorgen werden. Es geht sehr  
den Primären klar. In dem ersten Punkt bleibt  
die Karte. Der nächste Teil ist der erste Punkt  
soll die Jugend erhalten.

4. Ich gebe dir den Personalisten

5. Ich gebe dir die neuen Karten für die Angelegenheit.  
— Ich gebe dir (1. in der Karte, Thesen - Karte für Karten,  
Marquardt (Karte) - Karte mit dem Namen)

[ aus 12 Apr. (1. in der Karte) - Karte ]

6. Ich gebe dir, wenn die Karte ist, soll  
ich dir, wenn ich dir. Ich gebe dir  
ich dir, wenn ich dir. Ich gebe dir  
die "Karte" ist die Karte. Ich gebe dir  
Karte. Ich gebe dir Karte - die Karte,  
Karte & Karte - Karte. Ich gebe dir  
Karte. Ich gebe dir Karte.



R 366 370 375 380 385  
H 6  
I  
38





